

DEMOKRATIE UND SELBST- ORGANISATION



24
Stunden
sind kein Tag



Sozialistische Jugend
Deutschlands –
Die Falken

INHALT

24 Stunden sind kein Tag

DEMOKRATIE UND SELBSTORGANISATION HEFT 34

VORWORT S.1

DEBATTE S.2

Partizipation als Mode oder
Selbstorganisation aus Überzeugung?

TEIL 1 DEMOKRATIEMODELLE S. 6

Bürgerliche Demokratie – Bemerkungen ... S. 7

In Falkenzeltlagern –
mitbestimmt und selbstbestimmt ... S. 10

Repräsentative Demokratie –
Genau das Richtige für's Zeltlager? ... S. 12

Das imperative Delegiertenprinzip ... S. 14

**TEIL 2 BEFÄHIGUNG
ZUR SELBSTORGANISATION** S. 15

Wie werde ich meine Gruppe los? –
Selbstorganisation mit RF-Gruppen ... S. 16

Selbstorganisation im Zeltlager ... S. 18

Partizipationsprojekt
der SJD – Falken Recklinghausen ... S. 19

»Problemanalyse:
Konsum vs. Verantwortung
von SJler*in zu Helfer*in
zu Funktionsträger*in« ... S. 22

TEIL 3 SELBSTORGANISATION S.26

Partizipation und Selbstorganisation ... S. 27

Die Rolle der Helfenden im Prozess
der Selbstorganisation ... S. 31



Sozialistische Jugend
Deutschlands –
Die Falken

SELBSTORGANISATION UND DEMOKRATIE



... gliedert sich die
Zeitschrift in 3 Teile:
Teil 1: Demokratiemodelle
Teil 2: Befähigung
zur Selbstorganisation
Teil 3: Selbstorganisation

LIEBE GENOSS*INNEN,

ihr haltet gerade die »24 Stunden sind kein Tag« zu Selbstorganisation und Demokratie in euren Händen. Mit dieser »24 Stunden« wollen wir, der Bundes-F-Ring, die vielfältigen Positionen und Praxen zu diesem Thema im Verband sichtbar machen und euch einen Anstoß geben, selbst weiter an euren Modellen für Camp und Gruppe zu feilen. Unsere Auseinandersetzung ist dabei immer in Abgrenzung zu den Begriffen der Jugendhilfe zu denken, denn »Partizipation«, »Teilhabe«, »Beteiligung« usw., sind Begriffe die sich zwar in unseren Projektbeschreibungen und Arbeitsberichten finden, als sozialistischer Kinder- und Jugendverband gilt es aber kritisch zu hinterfragen, was hinter diesen Begriffen im sozialpädagogischem Trend steht.

Dem Begriffswirrwarr der jugendpolitischen Debatten nachzuspüren ist auch Aufgabe des ersten Artikels »Partizipation als Trend oder Selbstorganisation aus Überzeugung?«. Daran anschließend gliedert sich die Zeitschrift in 3 Teile. Im ersten nehmen wir Demokratiemodelle genauer unter die Lupe. Dazu haben wir zunächst einen Artikel zu bürgerlicher Demokratie, denn eben diese sollten Falken nicht einfach »nachspielen«. Darauf folgt ein Artikel über die Ursprünge demokratischer Modelle bei den Falken und 2 Artikel, die Demokratiemodelle von Gliederungen der Falken vorstellen.

Der zweite Teil beschäftigt sich mit »Befähigung zur Selbstorganisation«. Ein paradoxer Titel, denn Selbstorganisation ist ja eigentlich nur ohne den*die Pädagog*in, der*die befähigt zu denken. Genau an diesem

Punkt setzt dann auch der Artikel »Wie werde ich meine Gruppe los?« an, der analysiert, welche Möglichkeiten es gibt, in RF – Gruppen Bedingungen für Selbstorganisation zu schaffen. Der nächste Artikel berichtet von SJ – Cafés als Versuch SJ'ler*innen an die eigenständige Organisation ihrer Interessen heran zu führen. Darauf folgt ein Praxisbericht über parlamentarische Selbstverwaltung als Form der Entscheidungsfindung auf Zeltlagern. Der vierte Artikel in diesem Teil stellt sich, unter dem Titel »Konsum vs. Verantwortung von SJler*in zu Helfer*in zu Funktionsträger*in«, die Frage nach den Problemen, die dazu führen, dass Teilnehmende oft im Verband nicht weitermachen, wenn sie Verantwortung tragen sollten.

Der dritte Teil handelt folgerichtig von »Selbstorganisation«. In ihm wird im ersten Artikel noch einmal eine scharfe Trennung zwischen Selbstorganisation und Partizipation gemacht und es folgt ein Bericht über selbstorganisierte Gruppenarbeit.

Wir hoffen, dass ihr aus unserer Zeitschrift einiges für eure Praxis ziehen könnt, in diesem Sinne:

**Freundschaft! Euer Bundes-F-Ring
Alma, Karl, Ulf und Sascha**

Debatte

PARTIZIPATION ALS MODE ODER SELBST-ORGANISATION AUS ÜBERZEUGUNG?

Immanuel Benz Bundesvorsitzender

Partizipation ist seit längerem ein ebenso gern und häufig wie unscharf benutzter Modebegriff. Auch in der aktuell wieder lebhaften politischen Debatte um Fragen der Jugendbeteiligung schwirren die Begrifflichkeiten gerne durcheinander: Partizipation, Beteiligung, Mitbestimmung, Teilhabe, Demokratie oder Selbstorganisation werden meist synonym für einander verwendet. Erschwerend kommt hinzu, dass unterschiedliche Akteur*innen höchst unterschiedliche Verständnisse derselben Begriffe haben und diese noch dazu mit sehr unterschiedlichen Motiven einsetzen. Beides – Unterschiede im Begriffsverständnis wie das jeweilige politische Interesse – bleibt zudem oft unausgesprochen. Dabei scheint es ja auch so einfach: Partizipation und Jugendbeteiligung klingen gut und gegen mehr Demokratie und Mitbestimmung junger Menschen kann ja auch keiner was haben, oder?

Dieser Artikel versucht zunächst einmal etwas Klärung in dieser Begriffswolke herzustellen. Im Weiteren soll die aktuelle jugendpolitische Debatte um Beteiligung aus Sicht der Jugendverbände im Allgemeinen sowie der Falken als sozialistischer Jugendverband im Besonderen skizziert werden.

DEMOKRATIE: POLITISCHE METHODE ODER LEBENSFORM?

Demokratie ist in der wörtlichen Bedeutung aus dem griechischen die »Herrschaft des Volkes«. Als Herrschaftsform zielt der Begriff auf die Frage, wie in einer Gesellschaft Beteiligung an der Willensbildung und Entschlussfassung organisiert ist. In Abgrenzung zu anderen Herrschaftsformen mit einem oder wenigen Herrschenden meint Demokratie »*einem allgemeinen Verständnis nach, dass all diejenigen, die der Herrschaft unterworfen sind, auch an dieser Herrschaft teilnehmen.*«¹ Die Voraussetzung dafür, dass Herrschaft nach dem demokratischen Prinzip legitimiert wird, lautet daher: »*Die Entscheidungen, die das Handeln aller Einzelnen verpflichten und ihm als Prämisse zugrunde liegen, sollen durch den Willen aller zustande kommen.*«² Dies ist letztendlich auch der formulierte demokratische Selbstanspruch der bürgerlichen Gesellschaft an liberale Demokratien wie die Bundesrepublik Deutschland, der den Institutionen der repräsentativen Demokratie zu Grunde liegt. Das fundamentale Problem der bürgerlichen Demokratie als derartige formale Methode der Beteiligung und Vertretung besteht allerdings darin, dass sie sich auf eine Grundlage stützen, die es gar nicht gibt: den einheitlichen Volkssouverän.³

Nach einem sozialistischen Verständnis, das insbesondere in der Arbeiter*innenbewegung begründet und vertreten wurde, ist Demokratie allerdings weit mehr als eine politische Methode zur Entscheidungsfindung. So forderte Kurt Löwenstein: »*Wenn wir unsere Kinder wirksam zur Demokratie erziehen wollen, so müssen wir ihnen demokratische Lebensformen ermöglichen.*«⁴ Diese Vorstellung von Demokratie als Lebensform ist leidenschaftlich und emanzipatorisch. Sie beruht auf Selbstorganisation, Mitbestimmung und Solidarität und soll die individuelle Selbstverwirklichung innerhalb eines solidarischen Kollektivs ermöglichen. Indem Löwensteins Vorstellung mit der Erwartung verknüpft ist, dass diese Erfahrungen Ausgangspunkt grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen sein können, besitzen seine Überlegungen zum einen eine Perspektive, die über den kapitalistischen Ist-Zustand hinausweist. Zum anderen bezieht die Forderung nach einem spürbar demokratischen Alltag im *Hier und Jetzt* den Politikbegriff auf die unmittelbaren Lebensbedingungen und Interessen der Menschen und reduziert ihn nicht auf eine abstrakte politische Arena. Damit werden politische Reformen auf ihre konkrete Wirkung überprüfbar.



SELBSTBESTIMMT ENTSCHEIDEN ODER NUR »DEMOKRATIE SPIELEN«?

Aufgrund der konfusen Verwendung der Begriffe Partizipation, Teilhabe und Beteiligung in der öffentlichen Diskussion muss jeder Versuch einer fein säuberlichen Abstufung künstlich wirken.⁵ Partizipation bezeichnet die aktive Beteiligung von Bürger*innen an politischen Entscheidungsprozessen. Allgemein gefasst meinen die Begriffe in Bezug auf junge Menschen die mitbestimmende Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in Planungen und Entscheidungen zur Gestaltung ihrer Lebensräume, Lebensumstände und Regelungen ihres Lebensalltags bzw. in der weitreichendsten Form auch gesamtgesellschaftlicher Zusammenhänge. Sie können als Oberbegriffe für verschiedene Umsetzungsformen gesehen werden, deren Ausprägungen sich in Funktion, institutioneller Verankerung, Umfang der Mitbestimmung und ihrer Begründung erheblich unterscheiden. Rechtliche Grundlagen bilden vor allem die UN-Kinderrechtskonvention als Bestandteil internationalen Rechts sowie auf nationaler Ebene das Grundgesetz (auch wenn Kinder und Jugendliche einerseits nicht explizit als besondere Rechtssubjekte hervorgehoben werden und andererseits etwa vom Wahlrecht aufgrund ihres Alters explizit ausgenommen sind) und die Regelungen des 8. Buch Sozialgesetzbuch (*SGB VIII*).

In der Kinder- und Jugendhilfe ist mit dem *SGB VIII* ein vergleichsweise hoher Grad der Institutionalisierung geschaffen worden, indem für viele Leistungs- und Aufgabenfelder die Beteiligung normiert ist. Es werden auch Aussagen zu Qualität und Verbindlichkeit des Beteiligungsanspruchs getroffen. Die methodische Umsetzung dieses Anspruchs muss von den Trägern der öffentlichen und freien Jugendhilfe, u.a. den Jugendverbänden, in ihren jeweiligen Handlungsfeldern geleistet werden. Darunter fällt ein großes Spektrum unterschiedlicher Formen der Beteiligung, das von punktuellen Möglichkeiten mit unverbindlichem Charakter bis zu prozesshaften Formen mit Rechtsanspruch reicht. Für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in den Kommunen (Landkreise, Städte, Gemeinden) gelten in vielen Bundesländern spezifische kommunalverfassungsrechtliche Regelungen, die unterschiedliche Instrumentarien vorsehen. So ist beispielsweise in einigen Gemeindeordnungen eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an sie betreffenden (wobei es eine große Varianz der Definitionen davon gibt, was junge Menschen denn tatsächlich betrifft) kommunalen Planungen vorgeschrieben und eine Darlegungspflicht über die Umsetzung entsprechender Vorschriften festgelegt. In den Kommunalverfassungen einiger Bundesländer sind darüber hinaus auch Versuche repräsentativer Ansätze wie Kinder- und Jugendparlamente oder Jugendbeiräte rechtlich verankert.

Um den jeweiligen Grad und die Qualität der Beteiligung junger Menschen einschätzen zu können, haben Roger Hart (1992/1997)⁶ und Wolfgang Gernert (1993)⁷ eine neunstufige Leiter entwickelt, die als konkreter Maßstab dienen kann:



1 FREMDBESTIMMUNG

Jugendliche werden angeleitet, was und wie etwas zu tun ist, ohne das Ziel des Vorhabens zu kennen bzw. zu verstehen.

2 DEKORATION

Jugendliche nehmen zwar an Veranstaltungen teil, dienen aber nur als Beiwerk.

3 ALIBI-TEILNAHME

Jugendliche nehmen freiwillig an einer Veranstaltung teil, können an deren Verlauf oder Nachgang jedoch keinen Einfluss mehr nehmen.

4 TEILHABE

Jugendliche nehmen an einer Maßnahme teil und können an einzelnen Punkten ihre Meinung äußern.

5 ZUGEWIESEN, INFORMIERT

Erwachsene initiieren Vorhaben und informieren Jugendliche über Teilnahmemöglichkeiten.

6 MITWIRKUNG

Die Meinung von Jugendlichen wird zwar eingeholt, auf die konkrete Planung haben sie jedoch keinen direkten Einfluss.

7 MITBESTIMMUNG

Junge Menschen tragen in einzelnen Bereichen Verantwortung.

8 SELBSTBESTIMMUNG

Jugendliche können in einem vorgegebenen Rahmen selbst entscheiden.

9 SELBSTVERWALTUNG

Jugendliche organisieren sich als Gruppe autonom.

Die ersten drei Stufen erfüllen nicht das Kriterium echter Beteiligung. Hingegen geht die vollständige Selbstverwaltung über Beteiligung hinaus. Die Qualitätsstandards für Beteiligung von Kindern und Jugendlichen des Nationalen Aktionsplans (NAP) für ein kindergerechtes Deutschland⁸ ergänzen diese Stufen durch die explizite Kategorie der Machtverteilung. Kennzeichnend für die Stufen 4 – 6 ist demnach, dass Meinungen und Ideen zwar zur Kenntnis genommen werden und in die Entscheidungen einfließen, diese jedoch ausschließlich von Erwachsenen gefällt werden. Bei der Mitbestimmung wird Kindern und Jugendlichen zu bestimmten Projekten und Vorhaben immerhin ein gleichberechtigtes Stimmrecht zugestanden. Erst bei der Selbstbestimmung erhalten junge Menschen die alleinige Entscheidungsmacht – innerhalb eines bestimmten Rahmens. Allein bei der Selbstverwaltung bzw. Selbstorganisation gibt es in der Theorie keinen extern gesteckten Rahmen.

BETEILIGUNG ALS SELBSTZWECK ODER MITWIRKUNG MIT WIRKUNG?

Allen Partizipationsdebatten und Modellprojekten zum Thema Jugendbeteiligung zum Trotz sind die gesellschaftlichen Mitbestimmungsmöglichkeiten junger Menschen weiterhin äußerst begrenzt – und weiterhin eingeschränkter als die ohnehin mangelnde Selbstbestimmtheit unter kapitalistischen Vorzeichen. Schule bleibt ein demokratiefreier Raum. Kommunale Einrichtungen, wie Jugendparlamente, welche die gesellschaftliche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ermöglichen sollen, sind zumeist Alibi-Veranstaltungen. Mit dem Aushängeschild der Jugendbeteiligung soll damit der Eindruck einer entwickelten Demokratie vermittelt werden. Zudem besitzen derart repräsentative Strukturen häufig einen wenig kindgerechten Charakter und bieten nur bestimmten jungen Menschen einen Zugang. Denn einfach »Bundestag nachspielen« ist nicht nur für viele junge Menschen schlichtweg unattraktiv, der formale Rahmen stellt hohe Ansprüche an die Teilnehmenden, denen sie sich oftmals nicht anpassen können – geschweige denn wollen. Vielen Beteiligungsformaten fehlt vor allem jedoch eine tatsächliche Wirkungsdimension. Doch ohne Gestaltungsmacht oder immerhin eine klar transparente Perspektive, was mit den Ergebnissen eines Beteiligungsprozesses passiert, verkommt Partizipation junger Menschen zum Selbstzweck und dient vor allem der Selbstdarstellung der initiiierenden Verantwortungsträger*innen aus Politik und Verwaltung. Dass es weniger darum geht, verbindliche Möglichkeiten politischer Mitgestaltung junger Menschen zu schaffen, als einzelne Prozesse dekorativ aufzuwerten, verdeutlicht auch der anhaltende Trend von Projektausschreibungen.

Ein wahrnehmbares Problem schließlich bleibt der Ruf von politischer Seite nach »authentischen Jugendlichen« – eine Anforderung, die legitimierte Mandatsträger*innen aus Jugendverbänden explizit ausschließt, da diese aufgrund ihres kontinuierlichen Engagements als nicht repräsentativ gelten. Für wen außer sich selbst hingegen willkürlich gecastete Jugendliche sprechen sollen, bleibt ebenso unbeantwortet wie die meisten Beteiligungsprozesse folgenlos. Zeitgleich zum Pseudo-Partizipationshype erleben wir eine Fortsetzung gesellschaftlicher Prozesse der Entdemokratisierung, die längst auch den Lebensalltag junger Menschen und die Rahmenbedingungen der Kinder- und Jugendhilfe massiv beeinflussen. Schwindende Freiräume, zunehmende Ökonomisierung der Jugendarbeit anhand von Kennzahlen und dem verstärkten Konkurrenzkampf um zu geringe Fördermittel und Projektgelder stellen eine anhaltende Herausforderung für die ehrenamtlich basierten und auf Selbstorganisation zielenden Angebote der Jugendverbände dar.

INTERESSENVERTRETUNG UND SELBSTORGANISATION

Trotz dieser Ausgangslage stehen gerade wir als Sozialistische Jugend weiterhin genau für diesen Anspruch, sowohl Interessenvertretung *für* junge Menschen als auch Selbstorganisation *von* jungen Menschen zu sein. Interessenvertretung ist dabei nicht beliebig zu verstehen. Als sozialistische Jugend vertreten wir nicht einfach die Interessen »der Jugend«, sondern die Interessen unserer Mitglieder und die Interessen, die mit unserem politischen Programm einhergehen. Als lebendiger Teil der Arbeiter*innenbewegung bleibt es unser historischer Auftrag, für die von Armut, Ausgrenzung und Ausbeutung am stärksten betroffenen Kinder und Jugendlichen besonders einzustehen.⁹ Unsere Strukturen und Angebote – von der Gruppenstunde bis zum Zeltlager – sind als Teil unserer Sozialistischen Erziehung Freiräume zur kollektiven Selbstorganisation und bieten Möglichkeiten zur legitimierten Verantwortungsübernahme, die junge Menschen sonst nicht haben. Dabei sind drei miteinander verknüpfte Ebenen zu beachten: Zunächst betrifft dies unsere eigene Arbeit. Als Verband müssen wir immer daran arbeiten, unseren hohen Ansprüchen tatsächlich auch gerecht zu werden. Es reicht nicht, die Möglichkeiten unserer Verbandsstrukturen für Mitbestimmung und Selbstorganisation formal zu besitzen. Wir müssen sie auch konsequent nutzen, weiter ausbauen und Demokratie in diesem Sinne wirklich leben. Die zweite Ebene betrifft unsere grundsätzliche Kritik an der herrschenden kapitalistisch-bürgerlichen Demokratie. Hier gilt es neben der politischen Theoriebildung auch den Kontrast zu nutzen, der im Gegensatz vom jugendlichen Alltagsleben

zu Erfahrungen wirksamer Beteiligung und Selbstorganisation im Verband liegt. Drittens ist es gleichzeitig unsere Aufgabe sprach- und kritikfähig für aktuelle gesellschaftliche Prozesse zu bleiben und sich mit unseren Positionen im Kontext unserer jugendpolitischen Arbeit einzumischen. So treten wir mit der Forderung nach der Demokratisierung aller Lebensbereiche sowie der ernsthaften Stärkung gesellschaftlicher Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen nach außen. Unsere radikale Herrschaftskritik steht nicht im Widerspruch zu unserem Kampf um politische Gestaltungsmacht.



Unsere Sozialistische Erziehung
bietet Freiräume
zur kollektiven Selbst-
organisation und
Verantwortungsübernahme

¹ Demirovic, Alex (2007): Demokratie in der Wirtschaft. Positionen – Probleme – Perspektiven. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.

² Ebd.

³ Für eine ausführlichere Kritik an der bürgerlichen Demokratie s. folgender Artikel.

⁴ Löwenstein, Kurt (1976): Sozialismus und Erziehung. Eine Auswahl aus den Schriften 1919 – 1933. Berlin: J.H.W. Dietz: 138.

⁵ So wird das aus dem lateinischen stammende Wort Partizipation sowohl mit Beteiligung, Teilhabe oder Mitbestimmung übersetzt (vgl. bspw.: <https://de.wikipedia.org/wiki/Partizipation>).

⁶ Hart, Roger (1997): Children's participation. The theory and practice of involving young citizens in community development and environmental care. Reprinted. New York.

⁷ Gernert, Wolfgang (1993): Jugendhilfe – Einführung in die sozial-pädagogische Praxis, München u. Basel.

⁸ Trotz des abschreckenden Namens sind die NAP-Kriterien zu Kinder- und Jugendbeteiligung tatsächlich ein progressives Papier, das bspw. die legitimierten Beteiligungsstrukturen der Jugendverbände ausdrücklich stärkt. Als PDF zum kostenlosen Download: <http://www.kindergerechtes-deutschland.de/publikationen/themenheft-1-beteiligen/themenheft-beteiligen.html>.

⁹ So ist es bspw. auch vollkommen selbstverständlich für uns, für menschenwürdige Lebensbedingungen und einen gesicherten Aufenthalt für Geflüchtete einzutreten auch wenn diese zu großen Teilen nicht bei uns organisiert sind.

TEIL 1

DEMOKRATIE-

MODELLE



BÜRGERLICHE DEMOKRATIE

Bemerkungen

Philipp Schweizer, Tyll Steckelmann LV Thüringen

Die grundlegende Ungleichheit bürgerlicher Gesellschaften

beruht nicht auf falschen
Gesetzen, sondern auf der
Frage, ob jemand für seinen
Lebensunterhalt seine
Arbeitskraft verkaufen
muss oder nicht!

Was ist eigentlich die bürgerliche Demokratie, von der bei uns im Verband oft gesagt wird, dass wir nicht diese Demokratie meinen, wenn wir etwa von Demokratie im Zeltlager sprechen oder sagen, dass wir einen *demokratischen Sozialismus* wollen?

Unser Artikel will ein Licht darauf werfen, *worüber* eigentlich in einer bürgerlichen Demokratie verhandelt wird und *worüber* nicht. Dabei geht es uns an dieser Stelle nicht darum, darüber zu schreiben, *wer* in der Demokratie die Entscheidungen trifft. Über das Verhältnis der Geschlechter und Berufe im Parlament ließe sich genau so Vieles und Wichtiges sagen, wie über den Lobbyismus der Wirtschaft, Wahlbeteiligung und vieles mehr. All diese Fragen sind innerhalb der bürgerlichen Demokratie umkämpft und unterliegen – entsprechend der Kräfteverhältnisse verschiedener Fraktionen innerhalb eines Staates – auch einem Wandel. Unwandelbar aber ist innerhalb dieser Verhältnisse das spezifische Verhältnis von Privatem und Öffentlichkeit, Wirtschaft und Politik. Was das bedeutet und welche Folgen das hat, soll der Artikel kurz beantworten.

ÖFFENTLICHE ANGELEGENHEITEN UND DAS PRIVATE

In der bürgerlichen Gesellschaft ist das Leben der Menschen in zwei Teile geteilt: das Privatleben und die Öffentlichkeit. Im Privatleben macht man, was man möchte, soweit es nicht explizit verboten ist und man es sich finanziell leisten kann. Diesen Bereich weist der Staat als schützenswert aus: Er bestimmt, dass er sich in diesen in der Regel nicht einmischt. Viele politische Kämpfe werden geführt, um diesen Bereich zu schützen. Um Dinge, die der Staat einst als öffentliche Frage behandelt hat, als Fragen des privaten Geschmacks zu bezeichnen und damit dem Einfluss des Staates und der politischen Verhandlung zu entziehen oder umgekehrt Fragen die bisher als private galten als politische zu markieren und damit dem Einfluss des Staates und der politischen Verhandlung zu entziehen.¹⁰

Dem gegenüber steht die Öffentlichkeit, als ein Raum in dem es nicht um die Belange der Einzelnen geht, sondern um das Gemeinwesen. Die Öffentlichkeit aber scheint selbst wieder in zwei Teile geteilt: Wirtschaft und Politik.

GESPALTENE ÖFFENTLICHKEIT: WIRTSCHAFT UND POLITIK

Die Wirtschaft ist öffentlich, weil hier Privatpersonen *miteinander* Verträge schließen. Ihr Verhältnis ist ein geschäftliches, weil es nicht um die andere Privatperson geht, sondern ums eigene Geschäft und darin unterscheidet sich dieses Verhältnis von privaten Verhältnissen. Der Inhalt der Verträge bleibt in der Regel private Angelegenheit, die Regeln nach denen dies geschieht werden allerdings politisch bestimmt. Die Vertragschließenden treten zwar in der Öffentlichkeit zueinander in Kontakt, bleiben dabei aber private. Insofern ist die Wirtschaft auch kein Ort demokratischer Entscheidung, sondern persönlicher Übereinkunft, persönlicher und nicht politischer Freiheit. In der Wirtschaft herrschen private Zwecke und eine private Freiheit, die durch die Freiheit der anderen begrenzt wird und gerade deswegen Zwang. Der*die Eine muss sich dem Zwang der Zwecke des*der Anderen unterwerfen, um die eigenen Zwecke zu verfolgen und umgekehrt.¹¹

Im Gegensatz dazu tritt die Politik als Sphäre der Freiheit auf. Hier wird man nach seiner Meinung gefragt, man soll wählen und damit mitentscheiden können, was getan wird oder sich sogar selbst engagieren und praktisch mitwirken. Hier geht es um das Große und Ganze, zu dem jede Privatperson als Staatsbürger*in gleichermaßen berechtigt ist, etwas beizutragen.¹² Weil öffentlich darüber

verhandelt wird, wie öffentliche Fragen per Gesetz geregelt werden sollen, erscheint die Politik als Sphäre der Freiheit und tatsächlich sind Gesetze usw. veränderbar.

GLEICHHEIT UND UNGLEICHHEIT IN DER BÜRGERLICHEN GESELLSCHAFT

Die grundlegende Ungleichheit bürgerlicher Gesellschaften beruht jedoch nicht auf falschen Gesetzen, die politisch irgendwie gerechter gefasst werden müssten, sondern auf der Frage ob jemand für seinen Lebensunterhalt seine Arbeitskraft verkaufen muss oder nicht, bzw. ob er*sie über Fabriken, Grund und Boden oder sonstiges Kapital verfügt, an/in dem andere arbeiten. Diese grundlegende Frage ist die Frage nach dem Eigentum an Produktionsmitteln. Als Eigentumsfrage ist die Frage über die Verteilung ebendieser Produktionsmittel keine öffentliche, also politische Frage, sondern eine private. Eigentum gehört jemanden persönlich, es ist *Privateigentum*. Das Eigentum erscheint dabei in gewissem Maße als ein Naturphänomen, man erbt es, erwirbt es sich durch private Leistung, durch Zufall usw. Es ist entsprechend ein Recht der*des Einzelnen über die Dinge zu verfügen, die ihr*ihm gehören – und nur unter bestimmten Bedingungen darf ihr*ihm dabei jemand hineinreden.¹³ Vor einem solchen Eingriff der Politik in das Leben und das Eigentum ist der*die Einzelne in der Demokratie gerade geschützt.¹⁴ Insofern ist diese Ungleichheit auch keine, die demokratisch zu korrigieren ist – etwa durch ein Diskriminierungsverbot oder eine rechtliche Gleichstellung. Rechtlich sind sich Arbeiter*in und Kapitalist*in völlig gleichgestellt, lediglich was ihr privates Vermögen und ihr privates Leben anbelangt, unterscheiden sie sich.¹⁵

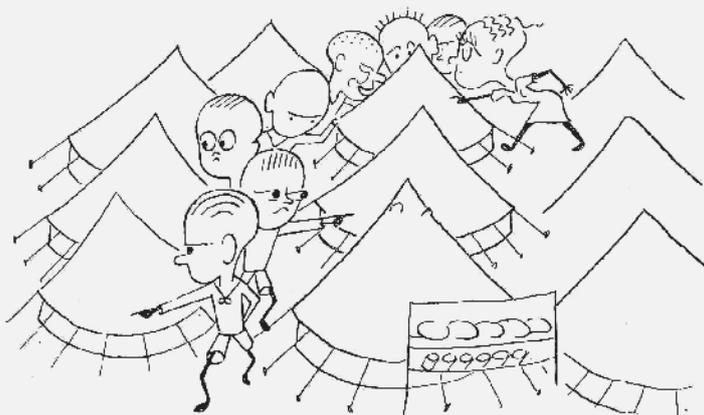
REFORMISMUS, DEMOKRATIE UND GESETZE

Eine gesellschaftliche Frage, also eine des Verhältnisses von Menschen zu einander, ist das Privateigentum an Produktionsmittel allerdings allemal: Es ist eine Frage dieser Verhältnisse, ob die einen etwas haben und die anderen nicht, dass der*die eine über etwas verfügen darf und die anderen nicht. Der Reichtum der einen ist deswegen der Ausschluss der anderen von der Verfügung über die Dinge. Heißt, der Reichtum der einen die Armut der anderen. Im Eigentum an Produktionsmittel (also der Mitteln, die benötigt werden, um die Mittel zum Leben herzustellen) wirkt dieser Ausschluss besonders mies. Weil der*die Eine über die Produktionsmittel verfügt, muss der*die Andere für den Einen arbeiten. Und so reproduziert er die eigene Armut (das Angewiesen-sein auf den Lohn) sowie den Reichtum des Anderen. Die Klassenverhältnisse reproduzieren sich selbst: Indem die einen reicher werden und die anderen arm bleiben.

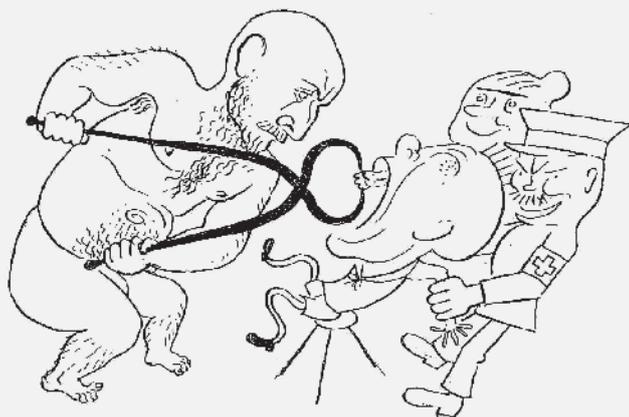
Gesetze greifen nicht die Ursachen der materiellen Probleme der Menschen an, sondern versuchen ihre Auswirkungen zu lindern. Das der Umstand, dass jemand keine Arbeit findet, schon voraussetzt, dass diese Person bei einem anderen arbeiten muss und die einen nur einstellt, wenn es sich für sie lohnt – es also Kapital und Arbeiter*innenklasse gibt – bleibt politisch außen vor. Man diskutiert über das Aufstocken von Löhnen die zum Leben nicht reichen durch den Staat oder über die individuellen Gründe – Ausbildung, Schulabschluss, Motivation – wegen derer jemanden fürs Kapital nicht nützlich ist, man lindert die Folgen der Arbeitslosigkeit oder versucht Arbeitslose zu qualifizieren, zu aktivieren und wieder in Arbeit zu bringen – man berät allerdings nicht darüber, wie sich die Ursachen der Arbeitslosigkeit und des Elends beseitigen ließen. Entsprechend kann man politisch diskutieren und demokratisch beschließen, Hartz IV4 zu senken oder anzuheben, einen Mindestlohn einzuführen oder Leiharbeit zu legalisieren. Das aber der eine Teil der Menschheit am Kapital des anderen Teils der Menschheit – und folglich in dessen Interesse – arbeitet und das auch nur solange, wie es dem Kapital nützt, ist systematisch keine Frage des Gesetzes, der Kapitalismus kann weder per Parlamentsbeschluss noch durch ein Regierungsdekret abgeschafft werden.

Unsere Ablehnung des Reformismus meint also nicht die Ablehnung einzelner Reformen, die die Lebensbedingungen im Rahmen dieser Gesellschaft ja durchaus verbessern können, sondern einen realistischen Pessimismus gegenüber Reformen, und eine pragmatische Wahl der Mittel: den Einsatz für eine andere, sozialistische Gesellschaft außerhalb der Parlamente.

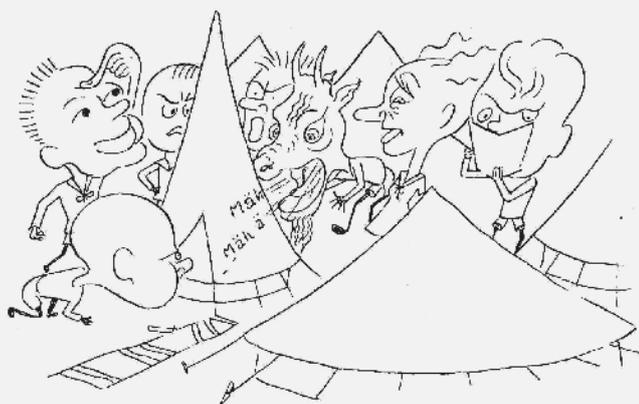
Det Lagerparlament



Wenn det Lagerparlament
Mittags durch de Dörfer rennt,
Denn muß allet hübsch in Ordnung sind,
Det det Parlament keen Dreck nich find.



In det Samariterzelt
War et allet wohlbestellt,
Wenig Kranke, velle Medizin,
Da zu sein, det muß ja knorke sind.



Durch de Dörfer alle rennt
Jetzt det Lagerparlament,
Alle Zelte werden anjesehn
Und bemeckert wenn se nicht janz scheen.

10 etwa ob ein Mann mit einem anderen Mann Geschlechtsverkehr haben darf, eine Handlung, die nach §175 Strafgesetzbuch bis 1994 in Westdeutschland unter Strafe stand. In der DDR wurde das Verbot bereits 1957 außer Kraft gesetzt und 1968 im Rahmen einer Reform des Strafgesetzes nur noch auf den Geschlechtsverkehr von Frauen und Männern mit jungen Menschen unter 18 Jahren angewandt. 1988 wurde auch diese Regelung ersatzlos gestrichen.

Im Westen blieb die Regelung bis 1994 bestehen, nach 1973 blieb der schwule Geschlechtsverkehr mit unter 18 jährigen unter Strafe gestellt – während für heterosexuellen und lesbischen Geschlechtsverkehr das Schutzalter bei 14 Jahren lag. Ob ein Mann mit einem Mann Geschlechtsverkehr hat, ist dann nicht mehr Gegenstand staatlichen Interesses und die politische Debatte nicht darüber zu führen, ob Homosexualität richtig oder falsch ist – etwas das sich bei Heterosexualität ja auch niemand fragen würde – sondern über die Einmischung des Staates in die privaten Angelegenheiten seiner Bürger*innen.

11 So muss der*die Kapitalist*in formell den*die Arbeiter*in als Gleiche*n behandeln: als Privatmann*frau mit gleichen Rechten. Das heißt auch, dass er die Arbeitskraft bezahlen, statt sie mit Gewalt abzuwingen muss, dass ein Arbeitsverhältnis auf einem Vertrag, statt auf Zwang beruht usw.

Umgekehrt, muss der*die Arbeiter*in für seinen Lohn arbeiten, statt den*die Kapitalist*in zu berauben, Lebensmittel und Wohnraum bezahlen, statt sie sich zu nehmen. So achtet der Staat darauf, dass keiner den eigenen Willen nicht gegen den Willen des anderen durchsetzt und jeder jeden als Privatperson respektiert. Insofern sind Arbeiter*in und Kapitalist*in formal frei und gleich. Materiell, also insofern sie bestimmte Privatpersonen mit einem bestimmten Vermögen, bestimmten Fähigkeiten, bestimmten Bedürfnissen usw. sind, bleiben sie ungleiche. Diese Gleichheit ist also kein Gegensatz zu ungleich von Arm und Reich. Denn dieses sind private Eigenschaften und gehen den Staat politisch erst einmal nichts an. Die materielle Ungleichheit ist es aber, die das Leben der Menschen bestimmt.

12 Das hier die Menschen nicht private sein sollen, zeigt sich auch daran, dass sie in der Politik gerade nicht ihre egoistischen Interessen verfolgen sollen, sondern an alle denken sollen – also »citoyen« (politischer Bürger), nicht als »bourgeois« (privater Bürger) sein sollen, wie es die politische Philosophie des Bürgertums ausdrückt.

13 So darf nur nach Grundgesetz (Art. 15, 16) enteignet werden, wenn diese Enteignung dem »Wohl der Allgemeinheit« dient. Zugleich wird zur Entschädigung verpflichtet: Wer ein Eigentum verliert, muss ein anderes erhalten und zwar »unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten«, er*sie soll also Eigentümer*in bleiben.

14 Und umkehrt betonen wir ja das Demokratische am Sozialismus, weil die Vorstellung, dass dieser Schutz zugunsten totalitärer Durchgriffsrechte des Staates abgeschafft wird, wenig verlockend ist.

15 Insofern ist der Begriff des Klassismus, der neuerdings in der Linken auftaucht, auch kein Ersatz für eine Kritik der politischen Ökonomie. Denn er bezeichnet die Diskriminierung, die die Arbeiter*innen durch Privatpersonen und durch Institutionen bezüglich der Art und Weise, wie sie als Privatpersonen leben, erfahren und nicht den Umstand, dass sie zum Verkauf ihrer Lohnarbeit gezwungen sind. Die Praxis der Kritik der politischen Ökonomie ist entsprechend der Klassenkampf mit dem Ziel der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln und einem Ende der Lohnarbeit und kein Kulturkampf um die Frage, welche Verhaltensweisen Privatpersonen gegenüber anderen Privatpersonen an den Tag legen und wie das politisch durch den Staat reguliert werden kann.

IN FALKEN- ZELTLAGERN: *mitbestimmt und selbstbestimmt*

Dörte Hein Archiv der Arbeiterjugendbewegung

WELCHE PÄDAGOGISCHE IDEEN WURDEN IN DEN 1920ER JAHREN GESTRICKT?

Seit nunmehr fast 90 Jahren stellen sich die Zeltlager-teams in ihren Vorbereitungen die gleiche Frage: Wie soll das Demokratiemodell aussehen, damit möglichst alle Kinder an Entscheidungsprozessen von kleinen und großen Fragen teilhaben können? Dass es bereits in den 1920er Jahren Menschen gab, die diese Frage aufwarfen, war noch alles andere als selbstverständlich. Dazu gehörten die Reformpädagog*innen, die die Eigeninitiative und Selbsttätigkeit von Kindern förderten und damit die autoritäre Drillschule ablehnten. Statt das Selbstwertgefühl des Kindes zu brechen, sollte dieses gestärkt werden und die Kinder zu autonomen und selbstbewussten Persönlichkeiten herangebildet werden. Innerhalb der 1923 in Deutschland entstandenen Kinderfreundebewegung griffen sozialistische Erzieher*innen wie Kurt Löwenstein diesen reformpädagogischen Ansatz auf und entwickelten ihn noch etwas weiter. Da sie sich für die Verbesserung der Erziehung und der Lebensumstände von proletarischen Kindern einsetzten, stand auch die politische Erziehung für sie im Mittelpunkt der Pädagogik. Sie gingen davon aus, dass die Kinder in absehbarer Zeit eine sozialistisch-demokratische Gesellschaft gestalten würden, wofür sie in kindgerechter Weise vorbereitet werden sollten. Zwar sei die künftige Gesellschaft noch keine Realität, doch beschrieb Kurt Löwenstein in seinem pädagogischen Programm der Sozialistischen Erziehung wichtige bereits wirksame Elemente,

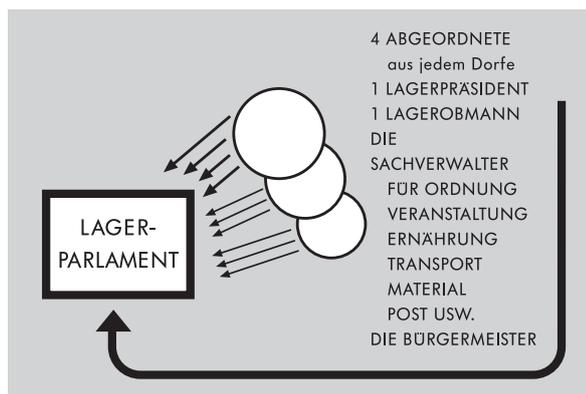
an denen sich die Erziehung vorbereitend orientieren sollte. Dazu gehörten Demokratie, produzierende Tätigkeiten, Genossenschaftlichkeit, Internationalismus und Pazifismus – allesamt theoretische Begriffe, die es galt in der Praxis mit Leben zu füllen. Sozialistische Erziehung war die Absage an autoritäre Sozialbeziehungen. Es galt den Kindern mehr zuzutrauen, als gemeinhin akzeptiert war, sie in der Entwicklung ihrer Fähigkeiten zu unterstützen sowie sie in der Eigeninitiative und der Verantwortungsübernahme in und für die Gemeinschaft zu ermuntern. Das bedeutete eine neue Sicht auf das Kind als eine selbstbestimmte mündige Person.

WIE SAHEN DIE KINDERREPUBLIKEN UND REICHSZELTLAGER AUS?

In ihrer konkreten pädagogischen Arbeit orientierten sich die Kinderfreunde an der Pfadfinderarbeit, die sich vor allem durch die Veranstaltung von Zeltlagern, Zelte bauen, Geländemärsche und Lagerfeuerromantik auszeichnete. Das Zelten war ohnehin zu der Zeit bereits durch die Pfadfinder und die bürgerliche Jugendbewegung in weiten Kreisen bekannt geworden. Die Abkehr von den Lebensformen der Erwachsenen und das Bedürfnis naturverbundener zu leben, führten in den 1920er Jahren zu einer Zeltwelle. Auf dieser Welle »ritten« die Kinderfreunde mit ihrem politisch-reformpädagogischen Erziehungsansatz mit, indem die großen sozialistischen Zeltlager, auch Kinderrepubliken genannt, zu einem ihrer Markenzeichen wurde. Übrigens organisierten die Kinderfreunde des Bezirks Braunschweig schon 1926 das erste zweiwöchige Zeltlager, in dem die Kinder bereits die Lagerverwaltung übernahmen. Schließlich war dieses Lager der Anstoß für Diskussionen im Reichsausschuss der Kinderfreunde, die dann zur Entscheidung für ein großes reichsweites Zeltlager für 2000 Kinder für das nächste Jahr in Seekamp bei Kiel führten. Dieses »Musterlager« zeichnete sich durch eine komplexe Demokratiestruktur aus, die hier kurz vorgestellt werden soll.

Die kleinste Einheit war, und ist es in den meisten Fällen auch heute noch, das Zelt. Darin wohnten 10–12 Kinder, die einen Obmann oder Zeltsprecher*in wählten. Etwa 10 Zelte bildeten ein Dorf, das von dem Dorfrat, der aus den Zeltsprecher*innen bestand, verwaltet wurde. Das Dorf wählte aus dem Kreis der Helfer*innen eine*n Bürgermeister*in, zudem entschied sich die Dorfgemeinschaft für ein Kind als 2. Bürgermeister*in. Zusammen mit der Küche, den technischen Einrichtungen und dem Lagerkonsum bildeten die Dörfer die Kinderrepublik. Höchstes Selbstverwaltungsorgan war das von den Kindern gewählte Lagerparlament, das sich aus Abgeordneten

aus den Dörfern, den Bürgermeister*innen, dem Lagerpräsident, dem Lagerobmann und den Sachverwalter*innen zusammensetzte und dessen Beschlüsse für alle galten. Die Aufgaben eines Zeltsprechers*in waren umfangreich: »Er muß achtgeben, daß im Zelt und in der Gemeinschaft alles in Ordnung ist. Wir haben nämlich Selbstverwaltung, wir brauchen uns nicht von den Helfern kommandieren zu lassen. Wir beschließen, wer Wasser holt, Geschirr spült, Essen holt, das Stroh zur Nacht richtet, Schuhe putzt und was es sonst noch zu tun gibt. Ich schreibe das alles in mein Notizbuch und erinnere jeden, der seine Arbeit vergißt.«¹⁶ Vermutlich überforderten die eigenverantwortlichen Aufgaben und Mitentscheidungsmöglichkeiten die Kinder ebensoviel und ebensowenig wie die Erwachsenen. Alle mussten sich traditionell erlernten Strukturen entgegen stellen. Herrschte doch gesellschaftlich noch immer die Überzeugung vor, dass Kinder apolitische Wesen seien, die zum Gehorsam erzogen werden müssten, bevor sie selbst Regeln für die Gemeinschaft aufstellen könnten. Durchaus selbstkritische Töne klingen in der Auswertung des Reichszeltlagers der Arbeiterjugend in Quelle bei Bielefeld 1928 an. Dort wird nachträglich bemängelt, dass nicht jede*r es schaffte die persönlichen Bedürfnisse zurückzustellen: »In unserem Queller Zeltlager gab es um eine so banale Angelegenheit wie das Essen manchen Streit. Die Auseinandersetzungen entstanden wohl vor allem deswegen, weil man bei Muttern eine andere Zubereitung, eine andere Einteilung ... gewohnt war.«¹⁷ Offensichtlich wird auch aus Erfahrung gesprochen, wenn noch einmal die Aufgabe der Lagerfunktionäre betont wird, die Lagerdemokratie unbedingt lebendig zu gestalten. »Sie darf unter keinen Umständen durch nichtige Streitereien zu einer öden Formsache werden.«¹⁸ Und schließlich kam man in den Reihen der Arbeiterjugend zu dem Schluss, dass »allzu grosse Rücksicht auf Sonderwünsche ... eine Lockerung der Ordnung ... und jedes Lager in die Gefahr [bringt], an inneren Zänkereien zugrunde zu gehen.«¹⁹ Wichtigstes Ziel war das Erlebnis der sozialistischen Gemeinschaft unter Mitbestimmung und Mitverantwortung aller Teilnehmenden.



WIE GING ES WEITER NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG?

Mit der Machtübergabe an die Nationalsozialisten 1933 endete für die Arbeiterkinder und -jugendlichen auch die Möglichkeit sich in sozialistischen Zeltlagern auszuprobieren. Erst nach Ende des Zweiten Weltkrieges griff die neugegründete SJD – Die Falken als Nachfolge der Kinderfreundebewegung die Idee der sozialistischen Erziehung auf und setzte in einem politisch veränderten Umfeld die Zeltlager mit ihren Demokratiemodellen fort. In den 1970er Jahren führten einige Falkengliederungen statt Lagerparlamenten mit dem repräsentativen Vertreter*innensystem, Vollversammlungen mit der Begründung ein, dass die Form der direkten Demokratie einer parlamentarischen Struktur überlegen sei. Einfach, weil alle daran beteiligt sind. Auch auf dem Feld der Entscheidungsfindung innerhalb solcher Vollversammlungen oder Plena wurden und werden verschiedene Ansätze getestet. Diese reichen von Konsensverfahren bis hin zu Mehrheitsabstimmungen; letztere werden mitunter kritisiert, da sie Minderheitenmeinungen übergangen. Um die Berücksichtigung einzelner gegenüber der Gruppe gäbe es wohl interessante Diskussionen, würden die Zeitgenoss*innen aus den 1920er Jahren auf die heutigen Generationen treffen.

Es bleibt wohl zu sagen, dass Demokratie im Falkenzeltlager zu allen Zeiten anspruchsvoll, kompliziert, anstrengend und mit viel Durchhaltevermögen verbunden war und ist. Alle Beteiligten können immer wieder in gemeinsamen Aushandlungsprozessen und im Zusammenleben an ihre persönlichen und pädagogischen Grenzen stoßen und ganz sicher sein, für den kommenden Sommer den Individualurlaub planen zu wollen. Gleichzeitig bietet das »Experiment Mitbestimmung« die Spielwiese, um mich selbst und die Welt zu hinterfragen, sich zu überwinden eine Position einzunehmen, gemeinsame Entscheidungen zu treffen, kleine und große Verantwortungen zu übernehmen, sich überzeugen zu lassen und sich in völlig nutzlosen aber lustigen Dingen auszuprobieren. Die Suche nach dem »perfekten« Demokratiemodell hält an.

¹⁶ Axel Zimmermann/Jochen Zimmer (Hg.), Seekamp, Dokumentation des ersten sozialistischen Kinderlagers 1927, Stuttgart 1976.

¹⁷ Der Führer, 10. Jhg., 1928, Nr. 9, S. 145.

¹⁸ Der Führer, 11. Jhg., 1929, Nr. 5, S. 66.

¹⁹ Der Führer, Jhg. 11, 1929, Nr. 5, S. 66.

REPRÄSENTATIVE DEMOKRATIE

Genau das Richtige für's Zeltlager?

Ayla Schroedter, Hannah Muche UB Dortmund

Partizipation von Kindern und Jugendlichen im Zeltlager war schon und ist immer noch ein großes Experimentierfeld. Wie bekommen wir eine »echte« Beteiligung hin, die über »Wir wollen Cola« oder »Wir möchten länger aufbleiben« hinaus geht? Und das in einem Zeltlager, in dem immer viel organisiert und geplant werden muss, und vieles auch mal spontan entschieden werden muss. So ist für uns klar, dass im Vorfeld des Zeltlagers der Plan, wie wir die Teilnehmenden beteiligen möchten, feststeht. Dieser Plan beinhaltet vor allen Dingen die Flexibilität und die Veränderung durch die Teilnehmenden. Es kommt daher nicht nur auf die Planung im Vorfeld, sondern zusätzlich auf den Prozess während des Zeltlagers an.

Vorab entscheiden sich die Helfer*innen, welches Verständnis sie von Demokratie haben und in welcher Form sie sie im Zeltlager durchführen möchten. In Dortmund setzen wir ganz traditionell auf die repräsentative Demokratie. Wie es zu dieser Entscheidung gekommen ist, können die meisten Helfer*innen heute nicht mehr rekonstruieren. Viele Elemente bleiben konstant, andere dagegen entwickeln wir Jahr für Jahr weiter – durch die Reflexionen der gelaufenen Zeltlager und natürlich durch Fluktuationen bei den Helfer*innen. Somit ist Veränderung eine der Konstanten. Das soll auch so sein. Auch aktuell befindet sich unser Demokratiemodell in einer Entwicklungsphase, sodass wir an dieser Stelle kein statisches Modell vorstellen können und wollen:

UMSETZUNG IM ZELTLAGER – DER KINDERLAGERRAT

Unser Zeltlager bestand in diesem Jahr aus drei Dörfern. Im Vorfeld des Zeltlagers erklärten sich zwei Helfer*innen bereit, ein Konzept zu erarbeiten und den Kinderlagerrat im Zeltlager zu begleiten. Hier ist eine große personelle Konstanz nötig, da sie während des ganzen Zeltlagers die Ansprechpartner*innen der Kinder und Jugendlichen sind. Wenn möglich, sollten die Rollen gegendert sein. Bereits bei der Auftaktveranstaltung am zweiten Abend stellten wir den Teilnehmer*innen unser Demokratie-modell, vor allem die Rolle der Dorfsprecher*innen, ganz grob vor. Unser Zeltlagermotto war in diesem Jahr: »Über den Tellerrand hinaus – grenzenlose Solidarität«, das Thema Demokratie ist hier gut einzuarbeiten. In den folgenden Tagen fand dann in jedem Dorf die Wahl jeweils einer Dorfsprecherin und eines Dorfsprechers statt. Die Teilnehmer*innen entschieden vor der Wahl, welche Wahlgrundsätze bei der Wahl gelten sollen, z. B. soll geheim oder per Akklamation gewählt werden.

Zu ihren Diskussionsfeldern gehörten:

- Probleme mit Gemeinschaftsregeln und zwischen den Dörfern.
- Programmvorschläge (Fußballturnier, Nachtwanderung, Ausschlaftage, Gestaltung der Feste und Veranstaltungen ...)
- Verschiedenes (Essenswünsche, Auswahl im Kiosk ...) z. B. wurde der Preis für eine Postkarte mit Briefmarke als zu teuer betrachtet, hier wurde der Preis nach unten korrigiert.

In diesem Jahr traf sich der Kinderlagerrat jeden zweiten Tag nach dem Abendessen. Dies ermöglichte es den Dorfsprecher*innen, direkt anschließend im Abendkreis den übrigen Kindern von den Diskussionen und deren Ergebnissen zu berichten. Die Kinder konnten dort ihrerseits über Probleme oder neue Vorschläge sprechen. Wenn sich Vorschläge ergaben, die sich auf bestimmte Bereiche des Zeltlagerlebens bezogen, konnten die Dorfsprecher*innen die dafür zuständigen Helfer*innen zum Kinderlagerrat einladen oder auch selbst zum Helfer*innenlagerrat gehen, um dort selbständig ihre Interessen vertreten zu können. Der Helfer*innenlagerrat, der um 21.00 Uhr mit zweitägigem Abstand vor der Küche tagte, wurde zwimal vom Kinderlagerrat aufgesucht. Bei beiden Terminen kamen drei Vertreter*innen des Kinderlagerrats, ihre Themen wurden vorgezogen. Einmal ging es um das längere Schlafen am Morgen, das Ergebnis waren Ausschlaftage. Zum zweiten ging es um eine Nachtwan-

derung, die gemeinsam beschlossen und dann vom Kinderlagerrat gemeinsam mit einer Gruppenleiterin geplant und durchgeführt wurde. Alle Themen des Kinderlagerrates wurden regelmäßig im Helfer*innenlagerrat besprochen. Wahlweise ist es besonders in größeren Dörfern möglich, eine weitere »Demokratieebene« einzubauen und Zeltsprecher*innen wählen zu lassen, die die Dorfsprecher*innen unterstützen.

WIE BEURTEILEN WIR UNSER REPRÄSENTATIVES DEMOKRATIEMODELL?

Wir haben uns aus dem Pool der verschiedenen Modelle dafür entschieden, jedem Kind die Möglichkeit zu geben, frei partizipieren zu können, ohne dass wir sie überfordern. In unserer Erfahrung halten sich zu Beginn des Zeltlagers die Teilnehmer*innen sehr zurück. Wir stellen fest, dass natürlich die Kinder, die wiederholt im Zeltlager sind, unsere Regeln kennen und auch wissen, dass wir partizipativ arbeiten. Sie sind recht schnell inhaltlich dabei. Neue Teilnehmer*innen brauchen sie als Vorbilder. Wir gehen davon aus, dass viele unserer Teilnehmer*innen in ihrem Alltag, in der Familie oder in der Schule selten Gelegenheit zur Beteiligung haben. In unserem Zeltlager wird ihnen bestenfalls ihr Recht auf Beteiligung zunehmend bewusst, sodass sie selbstbewusster werden, nicht nur in Bezug auf ihre Durchsetzungsfähigkeit, sondern auch auf ihre Anliegen. In diesem Jahr beispielsweise waren vor allem die jüngeren Teilnehmer in einem Dorf unzufrieden mit der Arbeit eines Dorfsprechers, sodass sie ihn mit gewünschter Hilfe der Helfer*innen bei einem Abendkreis abgewählt haben. Die meisten Dorfsprecher*innen sind sehr stolz auf ihr gewähltes Amt und sich dieser Verantwortung auch bewusst.

Wir möchten auf zwei Probleme hinweisen, für die wir ad hoc keine Lösung wissen. Unser Zeltlager dauert ca. 17 Tage, um den Kinderlagerrat an konstruktives Arbeiten und erlebte echte Beteiligung zu bringen, braucht es eine gewisse Zeit. Daher wählen wir ihn bereits in den ersten Tagen des Zeltlagers – für einige Teilnehmer*innen, vor allem die »Neuen« oft eine Überforderung. Ebenso werden meistens ältere, beliebte und sprachgewaltige Teilnehmer*innen gewählt, unabhängig davon, ob sie auch die Fähigkeiten dazu haben, sie verkaufen sich gut in der Vorstellungsrunde. Daher müssen die Helfer*innen darauf achten, dass alle Interessen berücksichtigt werden. Diesem Problem entgegenzuwirken wäre es möglich, bei der Wahl der Dorfsprecher*innen zusätzlich zum Genderaspekt auch noch auf die Altersmischung zu achten.

PARTIZIPATION GEHT NICHT »VOM FAHRRAD AUS«

Die Umsetzung der Partizipation in einem Zeltlager steht und fällt mit dem Engagement des begleitenden Helfer*innen. Diese brauchen entsprechende Freiräume für die konkrete Begleitung des Gremiums, aber auch für die Reflexion des Prozesses. Ihre Aufgabe ist es, den Kinderlagerrat als Gruppe zu stärken und auch das Bindeglied zum Helfer*innenlagerrat zu sein.

ANKNÜPFUNGSPUNKTE FÜR WEITERE ENTWICKLUNGEN

In den nächsten Jahren möchten wir die Beteiligungsbereiche der Teilnehmer*innen erweitern und im Zeltlageralltag fester verankern. Die Teilnehmer*innen sollen über die bereits erwähnten Themenfelder hinaus über strukturelle Entscheidungen mitberaten können, wie z. B. die Einführung regelmäßiger Vollversammlungen. Fraglich bleibt bei uns, in welchem Umfang die Kinder ihr Recht auf Partizipation ausüben können oder sollen? Reicht uns eine zwar fest verankerte, aber dennoch nur bloße Mitbestimmung? Sollte nicht eigentlich die Selbstbestimmung von Kindern unser Ziel sein? Profitieren alle Kinder gleichermaßen von einer völligen Selbstbestimmung? Würden wir damit manche Kinder überfordern?



**Partizipation
von Kindern
und Jugendlichen
im Zeltlager
ist ein großes
Experimentierfeld**

Das imperative DELEGIERTEN- PRINZIP ...

Sandy Priemel LV Berlin

meint im Grunde nichts anderes, als dass die delegierte Person nicht ihre eigene Meinung vertreten darf, sondern die Meinung der Gruppe, aus der sie kommt und für die sie spricht.

Der zweite wesentliche Aspekt dieser Form der Mitbestimmung ist die jederzeit mögliche Beendigung des Mandats (also das Vertretungsrecht der Delegierten).

Mmh, das hört sich erstmal ziemlich einfach und logisch an. Man könnte meinen, diese beiden Punkte wären selbstverständlich für uns, weil wir doch in einer Demokratie leben. Hier kann jede*r ihre*seine Meinung sagen und diese wird dann durch die Repräsentant*innen vertreten. Gut, wir wählen nicht jederzeit, aber immerhin nach 4 – 5 Jahren und wenn uns dann was nicht gepasst hat, können wir diesmal jemand anderen wählen. Tada – Punkt 2 schon mal nicht erfüllt! Jederzeit abwählbar bedeutet für das imperative Mandat jederzeit! Und auch Punkt 1 wird in der BRD-Politik nicht praktiziert, im Gegenteil: Das imperative Mandat ist sogar ausdrücklich verboten. Die hier zurzeit herrschende Herrschaftsform heißt nämlich »repräsentative Demokratie« und bei der geben die Einzelnen ihre Stimme an die Repräsentant*innen ab. Was die dann damit machen, ist ihre Sache oder Sache der Partei, der sie angehören.

Anders beim imperativen Mandat: Hier gehört meine Stimme mir und ich wähle mit meiner Gruppe zusam-

men jemanden, der*die sie anderen zu Gehör bringt. Also eine Person, die unserer Gruppe eine Stimme gibt, anstatt dass eine Person ihre Meinung sagt und so tut, als wären hinter ihr noch mehr Personen, die so denken. Dafür ist natürlich ein gutes Vertrauensverhältnis in der Gruppe Voraussetzung. Oder ein gutes Kontrollsystem. ;) Denn jederzeit heißt jederzeit. Und sollte eine Gruppe mit ihrer Stimme nicht zufrieden sein, so kann sie sich immer eine neue Stimme geben.

KONKRETE UMSETZUNG IM SOMMERCAMP

In Sommercamps des LV Berlin haben wir vor einigen Jahren das »Parlament« abgeschafft und einen »Rat« draus gemacht. Nun müssen die Anträge der Gruppen **am Tag vor** der Ratssitzung gestellt werden. Anschließend werden sie digitalisiert und thematisch geordnet. Für alle Gruppen werden dann alle Anträge ausgedruckt und bevor der Rat zusammenkommt und entscheidet, treffen sich erst mal die Gruppen und diskutieren. Die Aufgabe der Helfenden ist eigentlich nur, das Gespräch zu moderieren und die eigenen Bedenken, Argumente, Interessen usw. können dann mit den Helfenden aus demselben Ring diskutiert werden. Das Team ist nämlich bei unserem Rat in seine unterschiedlichen Verantwortungsbereiche aufgeteilt und besteht selbst aus vier bis sechs Gruppen. Aber zurück zum Rat: Dort treffen sich dann also die Delegierten jeder Gruppe. Aber auch Zuhörer*innen sind gerne im Rat gesehen, die sollen ja schließlich ihre Delegierten kontrollieren. Mit Hilfe von unterschiedlich farbigen Klebepunkten verschaffen wir uns einen Überblick darüber, wie jede Gruppe entschieden hat und können danach sehen, ob eine ausführlichere Diskussion notwendig ist oder ob sich die Mehrheit eh einig ist. Sollte letzteres der Fall sein, muss nur noch die Verantwortlichkeit für die Umsetzung festgelegt werden. Ist der Antrag hingegen kontrovers und keine eindeutige Mehrheit ist für oder gegen ihn, dann können die Delegierten ihre Gruppendiskussionen nachzeichnen und versuchen, neue Gedanken/Sichtweisen in den anderen hervorzurufen. Mit diesen vielleicht neuen Argumenten gehen die Delegierten zurück zu ihrer Gruppe und die kann ihre Position nun ändern oder aber auch nicht. Anschließend treffen sich die Delegierten wieder im Rat und gemeinsam schauen wir, ob die Argumente eine Verschiebung zur Folge hatten oder ob evtl. eine geänderte Antragsversion mehr Zustimmung gewinnen konnte. So wär das dann kurz zusammengefasst.



Interesse/Fragen zu dem Modell?

Infos beim LV Berlin: info@falken-berlin.de



TEIL 2

BEFÄHIGUNG ZUR SELBST- ORGANISATION

WIE WERDE ICH MEINE GRUPPE LOS?

Selbstorganisation mit RF-Gruppen

Tyll Steckelmann LV Thüringen

Wer kennt das Dilemma nicht: Irgendwie sagen alle, dass die Selbstorganisation der Gruppe das höchste Gut der Falken ist, aber niemand weiß so richtig, wie die Gruppe diesen Zustand erreicht. Der folgende Text ist eine Annäherung, die sich hauptsächlich aus der Arbeit mit »Sommerzeltlagergruppen« mit Teilnehmenden im Alter von 13 – 16 Jahren speist. Hiermit meine ich Gruppen, die zwar regelmäßig gemeinsam auf Zeltlager fahren, jedoch keine Stadteilgruppen bilden, die sich auch außerhalb des Zeltlagers treffen. Um sich der Frage zu nähern, sind mehrere Schritte notwendig. Zu Beginn ist zu klären, was in diesem Artikel unter »Gruppe« verstanden wird und was dementsprechend auch nicht. Darauf aufbauend wird erläutert, was unter Selbstorganisation zu fassen ist. Im nächsten Schritt ist auf die Interessen der Helfer*innen einzugehen und diese kritisch zu reflektieren, um im letzten Schritt ein kleines »Konzeptchen« vorzustellen, wie Selbstorganisation trotz aller Unmöglichkeit gelingen könnte.

DIE GRUPPE ALS VERNÜNFTIGSTE FORM DER KOLLEKTIVEN BEDÜRFNISBEFRIEDIGUNG.

Der Mensch ist ein soziales Wesen, das ohne die Zusammenarbeit mit anderen nicht überleben könnte. Im Kapitalismus ist diese Zusammenarbeit nicht transparent und durchsichtig, sondern vollzieht sich gewissermaßen

»hinter dem Rücken« der Beteiligten. Dieses wird besonders deutlich in der Produktion von Konsumgütern. Diese werden in voneinander getrennten Privatarbeiten hergestellt und über den »Markt« vermittelt.

Im Zeltlager wird zwar nichts produziert, aber das gemeinsame Zusammenleben in allen Einzelheiten ist miteinander demokratisch abzustimmen. Entscheidungen sollen transparent und nachvollziehbar sein. Die Basis für dieses Vorgehen bietet gemeinhin die (Zelt-)Gruppe. Doch was ist das überhaupt, eine Gruppe? Eine Gruppe ist erst einmal ein Zusammenschluss von Menschen, die irgendein gemeinsames Interesse haben. Auf Zeltlager ist dieses meist sehr basal, nämlich »eine schöne Zeit zu verbringen« und den Umstand zu organisieren, dass mensch in einem Zelt schläft. Vielmehr gemeinsames bringen die Jugendlichen meist nicht mit und es sollte ihnen deshalb auch nicht unterstellt werden, dass es da »mehr« geben würde. Um dieses Interesse zu verwirklichen sind (meistens) demokratische Aushandlungsprozesse notwendig, denn gemeinsames Zusammenleben ist fast notwendigerweise konflikthaft. Unterschiedliche Menschen wollen unterschiedliche Dinge, die sich dann auch noch an vielen Stellen widersprechen. Der*die eine will früh schlafen, die*der andere bis in die Puppen mit Deo im Zelt rumsprühen usw. Um das gemeinsame Interesse zu wahren, müssen Regelungen gefunden werden. Neben diesen konflikthaften Aushandlungsprozessen sind konkrete Aufgaben in der Welt und demnach auch auf Zeltlager einfach nicht alleine zu stemmen. So ist Kochen für 100 Menschen alleine unmöglich und Klos putzen alleine ist auch irgendwie scheiße. In der Gruppe sind diese Aufgaben wiederum machbar und können nebenbei auch noch Spaß machen. Die Gruppe ist hierbei immer Mittel zum Zweck für den*die Einzelne*n, d. h. der*die Einzelne muss die Vorstellung haben, dass ihre*seine Bedürfnisse mit den anderen besser zu befriedigen sind als alleine. Ist dieses nicht mehr der Fall, verliert die Gruppe ihren Zweck und die*der Einzelne scheidet aus ihr aus, wie dieses immer wieder der Fall ist.

Gruppen sind nach dem bisher gesagten also Zusammenschlüsse von Menschen, die ein gemeinsames Interesse teilen und ihr Zusammenleben bewusst gestalten. Sie sind kein Familienersatz und auch keine Clique, die primär über Freundschaftsbeziehungen zusammengehalten werden.²⁰

WAS MEINT EIGENTLICH SELBSTORGANISATION?

Unter Selbstorganisation wird an dieser Stelle verstanden, dass die Gruppe als ein Zusammenschluss von Menschen mit konkreten Bedürfnissen in der Lage ist, diese ohne externe Anleitung auszuhandeln und möglichst allumfassend zu befriedigen. Nehmen wir hierfür einen konkreten Fall aus der Zeltlagerpraxis: Eine Gruppe beschließt, dass sie ein Außenlager machen will und es auf diesem Außenlager Pizza zum Essen geben soll. Nun stellt sich selbstverständlich die Frage: Wie kommen wir überhaupt an Pizza und was soll da so alles drauf? Von Selbstorganisation ist dann zu sprechen, wenn die Gruppe bereits in der Lage ist, diesen Prozess von A–Z selber zu gestalten. D.h. ein Pizzarezept herauszusuchen, mit der Küche abzusprechen, ob es einen Ofen gibt und der frei ist, auszuhandeln, was drauf kommt und wer es einkauft, bis hin zum Abwaschen. Die Helfer*in hat in diesem Beispiel keine Aufgabe mehr und hat es geschafft, »überflüssig« zu sein.²¹

DIE INTERESSEN DER HELFENDEN – ZWISCHEN ABHÄNGIGKEITEN UND SELBSTORGANISATION

Wir bezeichnen uns im Verband bewusst nicht als Betreuer*innen oder Erzieher*innen, sondern als Helfende. Hinter diesem Begriff versteckt sich der Anspruch, Jugendlichen und Gruppen keine externen Zwecke aufzudrücken, sondern sie bei der Realisierung ihrer Interessen zu unterstützen und nur da anzupacken, wo es unbedingt notwendig ist. Soviel erst mal zum allgemeinen Anspruch.

Die Praxis sieht hingegen an vielen Stellen doch sehr anders aus. Da werden Helfer*inneninteressen als Gruppeninteressen verkauft, Jugendliche immer noch geweckt, oder doch noch schnell zum Supermarkt gefahren, weil die Gruppe es dann doch nicht auf die Kette gekriegt hat, den Einkauf alleine zu erledigen. Hinter diesen Handlungen, so scheint es, steht ein ambivalentes Verhältnis der Helfenden. Auf der einen Seite der beschriebene Anspruch, die Gruppe zur Selbstorganisation zu befähigen, auf der anderen Seite das Interesse, von der Gruppe gebraucht zu werden, um die eigene Position zu rechtfertigen. Eine Gruppe kann jedoch nur dann den Schritt zur Selbstorganisation gehen, wenn dieses durch die Helfenden aktiv angegangen wird. Aktiv ist an dieser Stelle ein verwirrender Begriff, denn es ist damit gemeint, bewusst Dinge, wie das Einkaufen für die Pizza, nicht mehr zu übernehmen. Dieses kann so weit gehen, dass mensch die Gruppenstunde verlässt mit dem Auftrag: »überlegt auch was bis zum Abendessen.« Gruppenprozessen ist das Scheitern, ob mit oder ohne Unterstützung durch Helfende, imma-

nent. Solches Scheitern ist meist mit Streit und Unlust verbunden, der sich gerne auch gegen die Helfenden selber richtet. Es ist jedoch notwendig, diese Krise aushalten zu lernen und die eigene Rolle in der konstruktiven Auswertung solcher Krisen zu suchen. Darüber hinaus ist es hilfreich, im Prozess als Sachautorität mit mehr Wissen als die Teilnehmenden ansprechbar zu sein und schwierige Aushandlungsprozesse ggf. zu moderieren.

Menschen mit ihren Bedürfnissen ernstnehmen heißt auch, mit dem Scheitern der Realisierung umgehen zu müssen und nicht am Ende der Arsch zu sein, der alleine den Karren aus dem Dreck zieht.

EIN KLEINES »KONZEPTCHEN« ZUM SCHLUSS

Der Weg zur Selbstorganisation ist ein konflikthafter, der mit vielen Krisen verbunden ist. Er bedarf der aktiven Zurückhaltung der Helfenden und ein dickes Fell, diese Konflikt und die damit Verbundene Unlust auszuhalten. Mir haben in der Praxis folgende Leitfragen geholfen, um die konkrete Praxis besser einschätzen zu können:

- Welches Interesse hat die Gruppe gerade konkret?
- Hat die Gruppe überhaupt ein gemeinsames Interesse?
- Welches Interesse habe ich gerade konkret?
- Was kann die Gruppe schon?
- Wo dränge ich mich auf, damit der Prozess nicht scheitert?

Am Ende bleibt jeder Prozess irgendwie gleich und doch einzigartig. Aus Helfendenperspektive ist es wichtig, die eigenen Interessen transparent zu machen, die »Faulheit« zum Selberdenken der Teilnehmenden nicht zu akzeptieren und das Scheitern von gemeinsamen Prozessen nicht notwendigerweise als eigenes Scheitern auszuwerten. Denn Gruppen, die kein gemeinsames Interesse mehr haben, verlieren ihren Zweck und sollten nicht auf Biegen und Brechen aus externen Gründen zusammengehalten werden. Auch die Entscheidung der Auflösung muss im Bereich des Möglichen liegen.

²⁰ In Gruppen, die familien- oder cliquenähnliche Strukturen entwickeln, sind viele Aushandlungsprozesse nicht mehr hauptsächlich rational zu organisieren, sondern entwickeln ganz andere Dynamiken. Dieses ist häufig der Fall und sollte mit den Teilnehmenden gemeinsam reflektiert werden.

²¹ An dieser Stelle wird nur auf alltagspraktischen Fragen eingegangen, da das Interesse nach inhaltlicher Selbstorganisation mir mit »Sommerzeltlagergruppen« noch nicht untergekommen ist.

SELBST-ORGANISATION

im Zeltlager

Jan Frankenberger BZ Hessen-Nord

Das SJ-Café in hessischen Zeltlagern ist grundsätzlich nicht in seiner Gänze vorkonzipiert. Das heißt allerdings nicht, dass es gar keine Ideen für ein Café gibt. In der Regel wird mit zwei zentralen Vorschlägen losgefahren, die dann das Café-Team vor Ort bespricht und wahlweise variiert.

Dieses Team besteht vor dem Zeltlager noch nicht. Wie es sich bildet, war in den vergangenen Jahren sehr unterschiedlich. Mal gab es eine*n freigestellte*n Helfer*in, der*die von Freiwilligen unterstützt wurde, mal hat sich das Café-Team quasi selbst zusammengefunden, mal wurde das Café als feste Arbeitsgruppe gebildet. Letzteres war die Lösung für 2015.

Gleich war jedoch immer, dass das Café nicht nur Ort des Konsums, sondern vor allem Ort der Selbstorganisation war. Diejenigen, die das Café gestaltet haben, waren auch für Einkauf, Kalkulation, Abrechnung, Gestaltung und u. U. sogar für das Programm zuständig. Und »diejenigen« waren immer Teilnehmende, die lediglich von den Helfenden unterstützt wurden.

Die beiden Varianten der grundsätzlichen Konzepte betreffen vor allem den Ein- und Verkauf.

Variante 1 ist ein klassisches Tresen-Modell. Es wird eingekauft und es gibt Thekenschichten, in denen verkauft wird.

Vorteil ist hier, dass tendenziell alle sehr niedrigschwellig Teil am Café haben können, indem sie Thekenschichten übernehmen. Auch das Verantwortungsgefühl für den gemeinsamen Raum steigt, wenn er von allen und nicht nur von einigen gestaltet bzw. bespielt wird. Auch das Verständnis für die Arbeit, die hinter dem Café steckt, steigt, da es nur dann Verkauf gibt, wenn sich jemand findet, der*die ihn gestaltet.

Nachteile sind, dass es mehr Organisationsaufwand ist und vor allem, die Konsumgüter nur zu bestimmten Zeiten verfügbar sind.

Variante 2 ist angelehnt an Konsumgenoss*innenschaften. Das bedeutet, das Café hat kein Grundbudget, von dem eingekauft wird, sondern am Anfang des Zeltlagers zahlen alle einen selbstgewählten Betrag in die Café-Kasse ein. Von diesem Betrag wird eingekauft. Am Ende können sich die Waren dann einfach aus dem Café geholt werden und auf einer Strichliste wird festgehalten, wer sich was genommen hat. So wird dann langsam das eigene »Konto« abgearbeitet.

Wahlweise können dann noch Preise für einzelne Sachen erhöht werden, um Wasser oder Saft gegen zu finanzieren, Spezial-Events wie Crêpes zu finanzieren oder nicht-gemachte Striche auszugleichen.

Vorteil ist hier, dass alles immer verfügbar ist. Zudem sind alle gleichermaßen in der Verantwortung, sich um das Café und dessen Haushalt zu sorgen, da es auch das Geld aller ist. Zudem muss nicht immer Bargeld mitgeführt werden.

Nachteil ist, dass es schon sehr oft vorkam, dass zu wenige Striche gemacht wurden – mit teilweise erheblichen Diskrepanzen zum tatsächlichen Verbrauch. Außerdem besteht keine Kontrollinstanz mehr, wenn Teilnehmende unter 16 sind. Dadurch, dass das Café damit nicht mehr explizit bespielt werden muss – und damit eigentlich Sache aller ist – fühlt sich oft auch niemand mehr dafür so richtig verantwortlich.

Es wurden auch schon die Kombination ausprobiert, zwar einen Thekendienst zu haben, dieser hat allerdings lediglich die Strichliste und keine Geldkasse. Die Variante hat sehr gut funktioniert, weil sie die finanziellen Probleme aus Variante 2 ausgleicht und das gemeinschaftliche Verantwortungsgefühl aus Variante 1 stärkt. Das Problem, dass das Café aber wieder nur zu bestimmten Zeiten offen ist und es mehr Organisationsaufwand ist, bleibt jedoch bestehen.



JANUSZ KORCZAK

Zeichnung oben: Detail eines Falken-Ausstellungsbanners (Kinderrechte-Camp).



PARTIZIPATIONS-PROJEKT

*SJD – Falken
Recklinghausen*

Karina Kohn UB Recklinghausen

Seit dem Zeltlager 2012 haben wir ein neues Partizipationsprojekt in wissenschaftlicher Begleitung als Pilotprojekt durchgeführt. In den Jahren davor gab es das Modell des Lagerrates in unseren Zeltlagern. 2011 haben wir in Zusammenarbeit mit zwei Mitarbeitern des LV NRW ein neues Modell angelehnt an Janusz Korczak entwickelt.

Janusz Korczak wurde 1887 als Henryk Goldsz in Warschau geboren und engagierte sich schon als junger Mann für benachteiligte Kinder. Unter dem Pseudonym Janusz Korczak wurde er bald in ganz Polen als Schriftsteller und Kinderarzt bekannt, dieses Leben gab er als 30-Jähriger auf, um sich dem Wohl des Kindes zu widmen.

Er wurde Leiter von zwei Waisenhäusern und praktizierte dort seine Pädagogik der Kinderrechte. Ein wesentlicher Punkt seiner Arbeit war, dass er Kinder als vollwertige Menschen angesehen hat und nicht, wie sonst üblich, als unfertige Erwachsene. Das Recht des Kindes auf Achtung stand bei ihm über allem anderen. Er richtete in seinen Waisenhäusern die Organe einer parlamentarischen Selbstverwaltung für Kinder und Erzieher*innen ein. Das waren sehr viele Organe, da auch sehr viele Kinder in den Waisenhäusern lebten. Natürlich sind die Methoden, die wir im Zeltlager durchführen nicht dieselben, die Korczak vor fast 100 Jahren benutzt hat, aber sie sind daran angelehnt.

In seinen Waisenhäusern haben die Kinder schließlich auch gelebt und nicht »nur« 3 Wochen ihrer Sommerferien verbracht. Außerdem hat sich seitdem ja auch vieles verändert.

Korszak wurde mit seinen Waisenkindern ins Warschauer Ghetto deportiert, als die Nazis Polen besetzten. Ihm wurde mehrmals Rettung angeboten aber er konnte »seine« Kinder nicht im Stich lassen und wurde schließlich mit ihnen ins Vernichtungslager Treblinka gebracht, wo sie alle umgebracht wurden.

In unserem Projekt geht es darum das Machtgefälle zwischen Teilnehmer*innen und Helfer*innen in Richtung Teilnehmer*innen zu verschieben. So wie Janusz Korczak gehen wir davon aus, dass Kinder die gleichen Rechte im Zeltlager haben sollten wie die Helfer*innen und ebenso am Zeltlagergeschehen partizipieren.

Als zentrale Anlaufstelle während des gesamten Zeltlagers gibt es das Plenumsorganisationszelt (POZ). Es gibt eine*n zentrale*n Helfer*in, die nur für die Begleitung, Durchführung und Auswertung des Partizipationsprojekt zuständig ist. Im POZ sind alle Protokolle und Ergebnisse einsehbar. Es gibt auch einen Briefkasten für Formulare.

Alle im Zeltlager haben die Möglichkeit Anträge (im F-Dorf: Wünsche) und Beschwerden zu stellen, aber auch Lob darf ausgeteilt werden.

Jedes Dorf hat einen Ort an dem es Formulare für alle gibt, neben dem POZ. Das POZ hat Öffnungszeiten an denen die Teilnehmer*innen Hilfe bekommen um Formulare auszufüllen.

Morgens in der Hallo Hallo Runde (Morgenkreis) werden Anträge beraten und abgestimmt, sowie Lob ausgesprochen. Alle die an der Hallo Hallo Runde teilnehmen haben das gleiche Stimmrecht und können über das Zeltlagergeschehen entscheiden. Dies passiert zeitgleich in allen Dörfern und wird von den Dorfeltern (Dorfleitung) moderiert. Auf den Formularen werden die Ergebnisse notiert, zur Dokumentation. Gibt es einen Antrag der alle Dörfer betrifft (also das gesamte Zeltlager) werden die Ergebnisse aus allen Dörfern zusammengenommen. Die Anträge/Wünsche müssen innerhalb der Verfassung des Zeltlagers umsetzbar sein (siehe Info S. 21 unten).

Im Plenum werden alle drei Tage im Dorf Konflikte und Situationen besprochen, die als Beschwerde eingegangen sind. Diese Runden werden von der*m zentrale*n Helfer*in moderiert. Denn bei den Beschwerden können sich die Teilnehmer*innen auch über das Verhalten von Helfer*-

innen beschweren, da ist es dann wichtig jemanden unabhängigen zu haben. Über den Konflikt wird dann in der Runde geredet. Drei Teilnehmer*innen (die am Konflikt nicht beteiligt sind) aus dem jeweiligen Dorf werden gelost, und sollen dann als Komitee über die Auswirkungen des Konflikts entscheiden dürfen. Die neun Paragraphen (siehe Info S. 21 unten) helfen den TN dabei, die Größe des Konflikts und angemessene Konsequenzen einzuschätzen. Sollten sich Teilnehmer*innen über Sanktionen von Helfer*innen beschweren, ist es nicht die Aufgabe des Komitees diese aufzuheben. Das Komitee kann allerdings entscheiden, dass diese Sanktion unangebracht war und eine Wiedergutmachung oder eine Entschuldigung beschließen.

Zur persönlichen Reflexion verschiedener Zeltlagersituationen werden wir zudem das pädagogische Notizbuch weiterführen. Alle (Jung)Helfer*innen führen ein solches Notizbuch. Hierbei geht es darum, täglich eine oder mehrere spezifische Situationen in einigen Stichwörtern festzuhalten. Je nach Zeit werden dann in den Helfer*innenrunden 2 – 3 Situationen vorgetragen und besprochen. Auch in den Junghelfer*innenrunden dient das pädagogische Notizbuch dazu, Sicherheiten und Routinen in der pädagogischen Falkenarbeit im Zeltlager zu gewinnen.

Das Notizbuch ist als Methode gedacht das eigene Verhalten den Teilnehmer*innen gegenüber zu reflektieren. So wollen wir (Macht)-Verhältnisse sichtbarer machen und rollenspezifisches Verhalten erklären.

Für die anschließende Reflexion des gesamten Demokratiemodells sammeln wir die Notizbücher am Ende des Zeltlagers auch wieder ein. Wir erhoffen uns dadurch ein breites Spektrum verschiedener Situationen, die im Laufe des Zeltlagers auffallen. Natürlich werden alle Namen in einer späteren Veröffentlichung anonymisiert.

In den letzten Jahren haben wir mit Hilfe der Auswertungen an unserem Projekt weitergearbeitet und es entwickelt. Das Formular für Lob gibt es z. B. erst seit dem Jahr 2014. In den vergangenen 4 Jahren gab es die verschiedensten Anträge/Wünsche, Beschwerden und Lobe. Manche erscheinen oft aus Helfer*innensicht banal, für die Teilnehmer*innen sind sie allerdings ernst. Viele Helfer*innen mussten schon über ihren Schatten springen, um mit Entscheidungen von Teilnehmer*innen umzugehen. Aber genau dies ist unser Ziel: Die Teilnehmer*innen ernst nehmen, mit einbeziehen und das Machtverhältnis zwischen Helfer*innen und Teilnehmer*innen zu verschieben.

DIE VERFASSUNG DES SOMMERZELTLAGERS

ARTIKEL 1 Die Würde des Menschen ist unantastbar.

ARTIKEL 2 Es gelten sowohl das deutsche Gesetz als auch das Österreichische. Sollten diese voneinander abweichen gilt jeweils das strengere.

ARTIKEL 3 Im Zeltlager leben wir nach den Grundsätzen der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken.

ARTIKEL 4 Alle BewohnerInnen sind gleichberechtigt und es gibt ein Beschwerdeverfahren in dem ein Plenum über Beschwerden entscheidet.

ARTIKEL 5 Alle Entscheidungen, die das Zeltlager und seine BewohnerInnen betreffen werden möglichst basisdemokratisch entschieden.

ARTIKEL 6 Es gibt einen organisatorischen Rahmen, der nicht verändert werden kann. Dies sind Ort und Dauer des Zeltlagers. Sowie die Summe des Geldes, die für das Zeltlager zur Verfügung steht.

ARTIKEL 7 Die Artikel 1 bis 7 sind nicht veränderbar.

ARTIKEL 8 Das Plenum entscheidet nach folgenden 9 Paragraphen:

§1 Das Komitee betrachtet den Fall als geklärt.

§2 Das Komitee stellt fest, dass keine Schuld besteht. Die Beschwerde beruht auf einem Missverständnis. Die betreffende Person wird freigesprochen

§3 Das Komitee stellt fest, dass absichtlich eine falsche Beschwerde eingereicht wurde. Die beschuldigte Person wird freigesprochen und die Person, die sich beschwert hat, wird aufgefordert sich für die Falschaussage zu entschuldigen.

§4 Das Komitee stellt fest, dass die beschuldigte Person nicht absichtlich falsch gehandelt hat. Sie wird aufgefordert sich zu entschuldigen und in Zukunft besser auf ihr Verhalten zu achten.

§5 Das Komitee stellt fest, dass die beschuldigte Person einen Fehler begangen hat. Ihr wird verziehen, wenn sie sich dafür entschuldigt.

§6 Das Komitee stellt fest, dass die beschuldigte Person falsch gehandelt hat. Ihr wird verziehen, wenn sie sich dafür entschuldigt und es wieder gut macht.

§7 Das Komitee stellt fest, dass die beschuldigte Person schlecht gehandelt hat. Ihr wird verziehen, wenn sie sich öffentlich entschuldigt und es öffentlich wieder gut macht. (Veröffentlichung Zeitung)

§8 Das Komitee stellt fest, dass die beschuldigte Person absichtlich sehr schlecht gehandelt hat und das Komitee kann dieses Verhalten nicht verzeihen.

§9 Das Komitee stellt fest, dass der Fall so schwerwiegend ist, dass er erneut von dem HelferInnenteam behandelt werden soll.



Ihr wollt dieses Partizipationsprojekt testen? Nehmt Kontakt zu uns auf! Freundschaft! info@falken-re.de

Problemanalyse: KONSUM VS. VERANTWORTUNG

von SJler*in zu Helfer*in
zu Funktionsträger*in

Julian Holter LV Berlin

Im Verband gibt es eine ideale Laufbahn, die bei den Nestfalken anfängt, über die Roten Falken und der Sozialistischen Jugend bis zur Gruppenhelfer*in geht und in Funktionen in Vorständen endet. Wie die meisten Ideale dient auch dieses mehr zur groben Orientierung und findet sich selten so in der Wirklichkeit. Viele fangen erst als Jugendliche bei der Sozialistischen Jugend an – andere hören nach den Falken auf und wieder andere waren als Nestfalken dabei, machen dann Pause – und steigen dann gleich als Funktionär*in wieder ein.

Die Wirklichkeit schreibt also andere Geschichten als die Theorie und trotzdem hilft uns dieses Ideal, uns zu orientieren, Probleme zu benennen und die richtigen Fragen zu stellen.

Und schließlich hilft es unterschiedliche Lösungen und Veränderungen auszuprobieren, um die Probleme zu beheben und die Wirklichkeit näher an das Ideal zu bringen.

Die Probleme sind vielfältig und zum Teil sehr verschieden. Einfache Lösungen würden der Problemlage vor Ort in den Gruppen, OV, UBs und Landesverbänden genauso wenig gerecht, wie das Ideal der Wirklichkeit. Daher muss jede Gruppe, jede Gliederung und jeder Vorstand selbst prüfen, was wo und wie für die eigene Situation Sinn macht und was nicht.

Vor allem muss man sich vor einer Reihe von Scheinerklärungen hüten. Sie werden hierzu immer wieder genannt, weil unsere Bequemlichkeit uns allzu schnell dazu verleitet,

die Probleme außerhalb unserer eigenen Möglichkeiten zu suchen und zu finden. Diese scheinbaren Erklärungen bieten keinen Lösungsansatz, sondern entschuldigen nur unser Nichtstun und unsere Inaktivität.

DIE DREI BELIEBTESTEN SCHEINERKLÄRUNGEN

Die drei beliebtesten Scheinerklärungen sind die *allgemeine Konsumhaltung*, die *unattraktiven Strukturen* und der *allgemeine Freizeitstress*.

Bei der scheinbaren Erklärung der *allgemeinen Konsumhaltung* wird eine Haltung kritisiert, die nichts mehr Eigenes schafft, sondern nur noch Vorgefertigtes konsumiert – also nicht mehr selbst kocht, sondern nur noch Fastfood. Auf den Verband übertragen heißt dies: Nur wenige wollen eine Gruppe betreuen, eine Einrichtung leiten oder auch nur an unseren Seminaren und Maßnahmen teilnehmen, weil dies erfordert selbst etwas zu machen, aktiv zu werden.

Kurz, das Problem liegt bei den anderen, man selbst kann nichts machen. Gleichzeitig lobt und schmeichelt man sich selbst, weil man nicht so ist wie alle anderen. Tatsächlich sind aber die meisten Jugendlichen in unserer Gesellschaft sehr aktiv und schaffen viel Eigenes, vom Graffiti, HipHop, Blogs, Gamedesign, Fashion, Basteln, Heimwerken ... – halt nur nicht in dem Maße bei uns, wie es wünschenswert wäre, was auch seine eigenen Gründe hat. Die vielgenannte *allgemeine Konsumhaltung* aber ist nicht mehr als ein falsches Vorurteil.

Ähnlich häufig – und gerne auch in Zeitungen und Fernsehsendungen, wird der *allgemeine Freizeitstress* als gesellschaftliches Problem gegeißelt. Hierbei handelt es sich darum, dass Kinder neben der Schule so vielen unterschiedlichen Beschäftigungen nachgehen, dass dies in Stress ausartet. Zumeist sind die beschriebenen Beschäftigungen Ballett, Geigenunterricht, Kinderenglisch etc. klassisch für wohlhabendere Familien. Es handelt sich daher um ein typisches Mittel- und Oberklassen Phänomen. Hinzu kommt, dass all dem mehr oder minder freiwillig nachgegangen wird. Jederzeit könnte man nicht mehr zum Geigenunterricht, sondern zu seiner Gruppenstunden, Vorstandssitzung etc. gehen. Dies passiert aber nicht, weil zum Beispiel der Geigenunterricht einem Engagement im Verband vorgezogen wird, beziehungsweise die persönlichen Prioritäten andere sind. Also hinter dem großen Problem des *Freizeitstress* versteckt sich nur die individuelle Prioritätensetzung des jeweils Einzelnen und kein äußerer Zwang.



Die letzte Scheinerklärung sind die häufig benannten *unattraktiven Strukturen*. Es wird behauptet, dass die formale Organisation des Verbandes, in Gruppen, Gremien und Vorständen ein Grund wäre, weshalb sich nicht mehr Jugendliche bei uns organisierten. Es ist deshalb ein Scheinargument, weil, wer sich nicht bei uns organisiert, kennt in der Regel auch unsere Strukturen nicht. Ob die formale Struktur eines Verbandes für das Engagement in ihm überhaupt eine Rolle spielt, lässt sich stark bezweifeln. Ineffiziente und sinnlose Strukturen führen zwar zu Frustration und Ärger bei aktiven Funktionär*innen – meistens sind es selbst in diesem Fall nicht einmal die formale Organisation (Strukturen), sondern das Nichterledigen von Aufgaben, schlechte Kommunikation oder Unverbindlichkeit seitens der Funktionär*innen. Dies alles lässt sich nur bedingt strukturell lösen, weil es in erster Linie ein individuelles Problem beziehungsweise eine individuelle Entscheidung ist, etwas nicht zu tun.

WO DIE WIRKLICHEN PROBLEME LIEGEN

Viele Probleme haben mit den ideologisch selbstgebauten Hürden für ein Engagement im Verband zu tun. Denn obwohl eine grundsätzliche Offenheit behauptet wird – bezieht sich diese nur noch auf den F- und RF-Bereich. An eine aktive Teilnahme im SJ-Bereich und mehr, werden sehr hohe Anforderungen und hohen Einstiegshürden gestellt. Es fängt bei einem bestimmten Habitus an, der oft der linksradikalen Studierendenszene entlehnt ist. Es geht weiter über besondere sprachliche Konventionen und endet bei einem Theoriefetisch, der die Vertrautheit mit Texten von Marx, kritischer Theorie etc. voraussetzt, um mitreden zu können. Der vielzitierte Freiraum bei den Falken ist inzwischen so stark reglementiert und zum Schutzraum geworden, dass für viele Jugendlichen Einkaufszentren die geringere persönliche Einschränkung bieten.

Sind diese Hürden für den SJ-Bereich erst einmal genommen und jemand ist aktiv im Verband, dann treten weitere Probleme auf, die hier mit der Ökonomie des Ehrenamtes bezeichnet werden.

Ehrenamtlichkeit ist zu Recht ein hohes Gut im Verband. Denn es ermöglicht, dass die Funktionäre unabhängig von eigenen wirtschaftlichen Interessen entscheiden, eine hohe Glaubwürdigkeit besitzen und am »realen« Leben außerhalb des Verbandes teilnehmen müssen. Gleichzeitig hat die Ehrenamtlichkeit auch Nachteile – es gibt keine Sanktionsmöglichkeiten, was Verbindlichkeit zu einer persönlichen Eigenschaft und damit Glückssache macht. Der Verband konkurriert mit Beruf, Schule oder Studium

um die zeitlichen Ressourcen und zieht zumeist den Kürzeren, da letztere Teil des Lebensunterhalt oder des zukünftigen Lebensunterhalt sind. Hinzu kommt, dass der Verband auch eine Verantwortung gegenüber seinen Mitgliedern hat und diese nicht ihre schulische und berufliche Zukunft für die Falken riskieren lassen kann. Nicht zuletzt spart das Ehrenamt dem Verband jede Menge Ressourcen, denn es ist undenkbar und unmöglich für den Verband, seine Gruppenhelfer*innen und Funktionär*innen ihre Arbeit angemessen zu vergüten.

Häufig wird versucht die Nachteile des Ehrenamtes durch Honorararbeit im Verband abzuschwächen. Dies führt aber leider zu einer noch nachteiligeren Situation – denn Erstens werden in gleicherweise auch die Vorteile abgeschwächt, nämlich die ökonomische Unabhängigkeit gegenüber des Verbandes und Glaubwürdigkeit. Zweitens lassen sich meistens Honorare nur für Tätigkeiten zahlen, die nicht im engeren Sinne zur Verbandsarbeit gehören, wie zum Beispiel Projektarbeit, Spielmobile, offene Türen etc. Es hat dann zwar den Schein, als ob die Person Engagement bei den Falken und jobben miteinander verbindet, tatsächlich findet aber eine Verschiebung der Tätigkeiten im Ehrenamt von Verbandsarbeit zu Projektarbeit im weitesten Sinne statt – in letzter Konsequenz zu Ende gedacht, heißt dies die Entwicklung in einen Sozialkonzern, wie die AWO.

Demokratische Kontrolle
ist das beste

**Feedback-
Instrument**



Ein weiteres Problem ist die jugendliche Selbstorganisation in bestimmten Teilen des Verbandes, vor allem in der Gremienarbeit. Dort bedeuten unsere zum Teil sehr jungen Funktionär*innen einen konkreten Nachteil an Erfahrung. Denn zumeist senden die anderen Jugendverbände deutlich ältere Funktionär*innen in die Jugendringe, die dort mit mehr Erfahrung und Kontinuität auch mehr für ihre Verbände rausholen. Generell bedeutet eine hohe Jugendlichkeit auch häufige Wechsel in den Funktionen – allein weil die Lebenswege junger Mensch noch in größerem Maße durch äußere Einflüsse geprägt werden, wie. z.B. Wohnortwechsel wegen eines Studiums etc. Dies führt so zu einem Verlust an Wissen, denn wenn man die schon recht hohe Grenze von 27 Jahren für Jugendlichkeit nimmt, so bleiben ab dem SJ-Alter gerade 11 Jahre im Verband übrig. In diesen 11 Jahren will man erst einmal teilnehmen und sich zurechtfinden, dann eine Gruppe leiten, dann die Leiter der Vorstände – 2 Jahre OV, 2 Jahre UB, 2 Jahre Bezirk, 2 Jahre Landesverband, 2 Jahre Bundesvorstand. Das allein wären schon 10 Jahre in denen man sich immer in eine neue Ebene einarbeiten muss und gleichzeitig sein Wissen an die eigene Nachfolger*innen weitergeben muss.

Das einzige Element der Stabilität und Kontinuität bietet das Hauptamt, was zu einem noch größeren Widerspruch zwischen formaler Macht beim Ehrenamt und faktischer Macht beim Hauptamt führt, was zu seinen eigenen Problemen und Demokratiedefiziten führt.

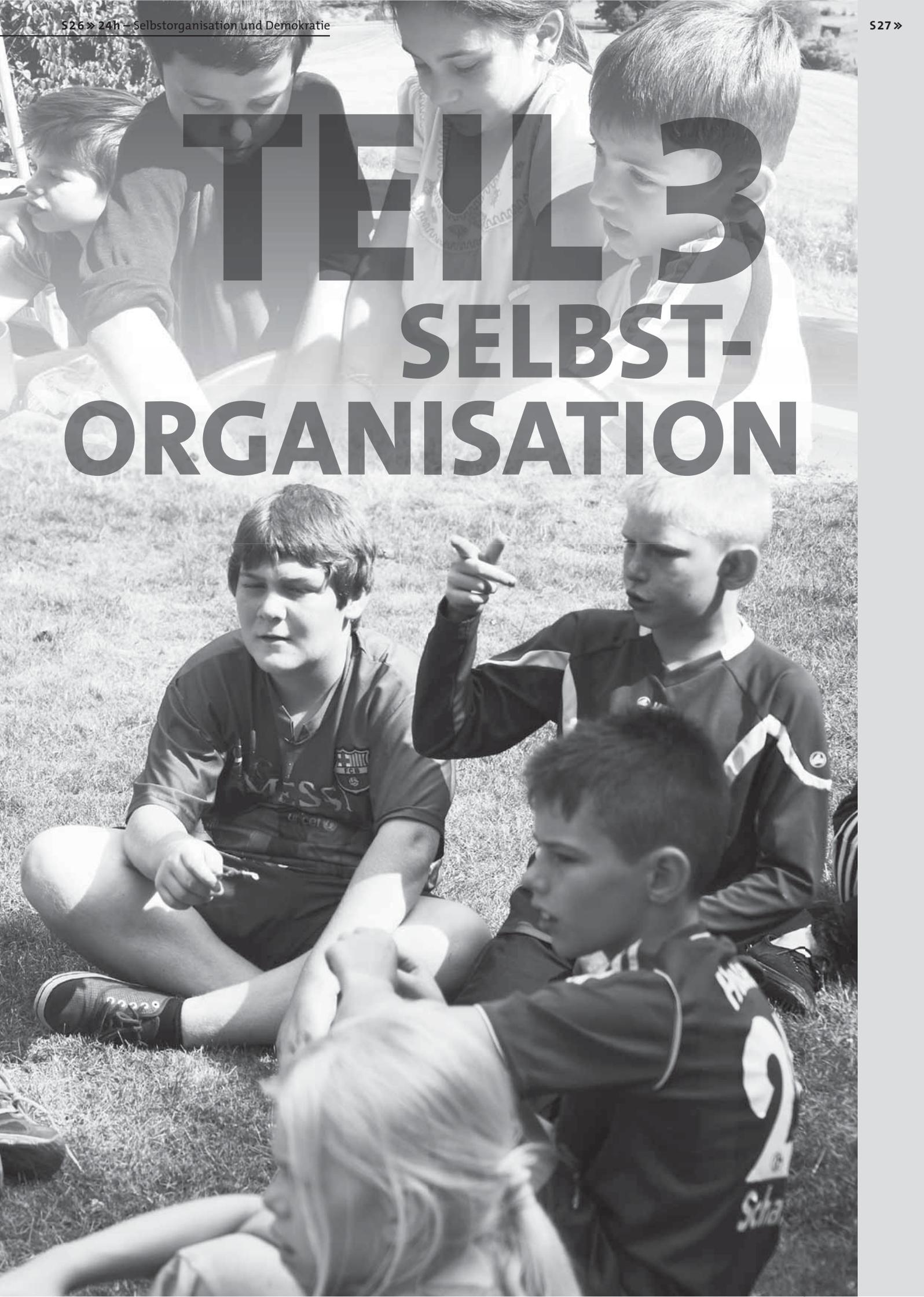
MÖGLICHKEITEN EINER LÖSUNG

Der erste Lösungsansatz ist bereits weitgehende Praxis, der wir es zu verdanken haben, dass der Verband in seiner jetzigen Form noch Bestand hat. Es handelt sich hierbei um das persönliche Vorbild unserer Gruppenhelfer*innen, Hauptamtlichen und Funktionär*innen, die viele der Problem einfach durch mehr persönliches Engagement wettmachen. Da die kommenden Generationen immer auch im Positiven wie im Negativen ein Spiegel ihrer Vorgänger sind, ist das jetzige Engagement von Jugendlichen bei den Falken immer auch ein Verdienst der Arbeit ihrer Vorgänger*innen. Dies gilt es auch als Funktionär immer im Kopf zu behalten, wenn ich möchte, dass in meiner Gliederung alle pünktlich, verbindlich, bei der Sache dabei sind und ihre Prioritäten richtig setzen – muss ich all dies zu allererst selbst sein.

Ein weiterer Ansatz ist die Demokratie im Verband ernst zu nehmen, denn demokratische Kontrolle ist das beste Feedback-Instrument. Es muss wieder ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, was es heißt bei den Falken ein Amt zu übernehmen – nicht einfach Vorstände voll machen, weil Leute da sind; – nicht bei Bewerber*innen die kritische Prüfung ihrer Verdienste unterlassen, nur weil man nicht gemein sein möchte, – keine Kandidaturen ohne klare Programme zu lassen, – Rechenschaft von Vorständen, Delegierten etc. verlangen, etc. Eine lebendige Demokratie im Verband ist der beste Motor der Verbandsarbeit.

Als letzte Überlegung soll hier die Aufweichung der Idee der jugendlichen Selbstorganisation angestellt werden. Eine Unterstützung durch ältere Genoss*innen, die bereits mit Familie und Beruf sesshaft geworden sind, könnten in größerem Maße den Druck aus der Funktionär*innen-Laufbahn nehmen, jungen Funktionär*innen die Möglichkeit zu geben sich vor Ort zu bewähren, bevor offene Positionen zum schnellen Aufstieg zu mehr und mehr Verantwortung zwingen. Wie alles, birgt auch dies die bekannten Risiken, einer Bevormundung der Jugendlichen, einer Erstarrung des Verbandes, einer Veränderung des Zeltlager zum Familienurlaub etc.

Es wird kein Patentrezept geben, alles wird seine Vor- und Nachteile haben, was zu einer Zeit funktioniert, wird zu einer anderen Zeit scheitern. Schließlich ist ein Jugendverband, im Besonderen die Falken, ein sehr dynamischer Ort und es gibt immer Alternativen zum Bestehenden – wenn wir die Gegenwart so sehen, wie sie ist.



TEIL 3

SELBST- ORGANISATION

PARTIZIPATION UND SELBST- ORGANISATION

*oder warum die Befreiung
der Arbeiter*innenklasse
mit Partizipation nichts
am Hut hat, sondern
nur das Werk der
Arbeiter*innen sein kann!*

Philipp Schweizer LV Thüringen

WAS HEISST PARTIZIPATION

Partizipation ist ein allgegenwärtiges Stichwort in der Debatte um Pädagogik und Soziale Arbeit. Staatlich finanzierte Kampagnen fördern die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an politischen Prozessen²² oder im Rahmen der neuen jugendpolitischen Strategie der Bundesregierung. Alles soll (auch) mit einer Jugend-Brille betrachtet werden und vor allem soll nichts mehr ohne die Partizipation von Kindern und Jugendlichen stattfinden.

Da eine Änderung des Wahlrechts dagegen auf Bundesebene noch nicht mehrheitsfähig ist,²³ meint die Rede von Partizipation nicht das aktive (wählen dürfen) und passive (gewählt werden dürfen) Wahlrecht. Also die übliche Form der demokratischen Mitbestimmung. Stattdessen werden dafür eigens sozialpädagogische Programme geschaffen oder Partizipation als Anforderung in bestehende sozialpädagogische Programme aufgenommen.²⁴ Partizipation ist also eine verordnete Aufgabe für Sozialarbeiter*innen.²⁵ Die Jugendlichen sollen durch sie pädagogisch begleitet werden, damit Beteiligungsprozesse gelingen – oder damit, wo Beteiligung hinter den Erwartungen zurück- oder völlig ausbleibt – jemand verständnisvoll darauf hinweist, dass Partizipation eben ein nie abgeschlossener Prozess ist, um den man sich ständig bemühen müsste.

Auffallend ist, dass die Forderung nach Partizipation (zumindest heute)²⁶ nicht aus einem Protest der Jugendlichen stammt, die durch die Umsetzung der Forderung nach Partizipation auch beteiligt würden (Bottom-Up). Sie wird stattdessen von den professionellen »Interessenvertretern der Jugend« und von Politik und Verwaltung formuliert (Top-Down). Es liegt deswegen der Verdacht nahe, dass die Forderung nach Partizipation weniger die Interessen »der«²⁷ Jugend bedient, als vielmehr die Interessen von Politik, Verwaltung und Sozialarbeit. Die Partizipation von Jugendlichen an der an ihnen stattfindenden Arbeit soll diese legitimieren. Obwohl also eine Berufsgruppe staatlich finanziert und gesteuert auf das Verhalten und den Willen von Jugendlichen einwirken soll, soll dieses Einwirken sich zugleich durch die Beteiligung der Jugendlichen legitimieren. Außerdem ist der Wunsch der Politik und Verwaltung mit authentischen Jugendlichen ins Gespräch zu kommen, sich mit ihnen fotografieren zu lassen und Geschichte von Begegnung mit einzelnen Jugendlichen – die plötzlich »die Jugend« repräsentieren und nicht bloß sich selbst – zum Besten zu geben, so groß, wie der Bedarf nach Leuten, die dieses Bedürfnis durch Beteiligungsprojekte bedienen.

Ich denke, dass in diesem Bedarf der Politik zweierlei zum Vorschein kommt: Sie ist einerseits Ausdruck einer mangelnden Anbindung an die Interessen der Mitglieder der eigenen Partei. Zu diesen gehören auch Kinder und Menschen mit Kindern. Gleichzeitig sind auch die Interessen der Mitglieder der Volksparteien heterogen, oft auch unterschieden von den Interessen derjenigen, die die Partei wählen oder wählen sollen. Es handelt sich also um ein Orientierungsproblem. Ein spezifisches Interesse will und kann man nicht mehr vertreten, der*die besondere Jugendliche soll nun für »das« Interesse »der« Jugend stehen.

Andererseits kommt in diesem Bedarf ein Misstrauen gegenüber den traditionellen Vertreter*innen von Jugendinteressen zum Ausdruck. Ihnen wird unterstellt von der Wirklichkeit so wenig zu wissen, wie die Politik selbst. Man will nicht schon wieder mit dem alternden – gar professionellen – Verbandsvertreter sprechen, sondern lieber mal mit einer*m Jugendlichen aus dessen Verband. Den Verbandsvertreter*innen fällt dann höchstens noch die Aufgabe zu, Jugendliche zu den Veranstaltungen zu mobilisieren, um der Politik einen Gefallen zu tun und zu beweisen, dass er*sie dazu auch in der Lage ist.

Der Grund dafür, warum Jugendliche in der Regel ²⁸ nicht an solchen Veranstaltungen teilnehmen, interessiert die soziale Arbeit nur insoweit, wie der Unwillen der Jugendlichen als ein Hindernis zur Durchsetzung des eigenen Auftrags auftritt. Deswegen wird versucht mit pädagogischen Mitteln, also durch allerlei Methoden und Auflockerungen, Anpassung der Veranstaltungsformate usw., den Unwillen der Jugendlichen zu überwinden. Dass schon der Nutzen und Zweck einer solchen Veranstaltung jedem verborgen bleiben muss, der nicht weiter bestimmt ist, als einfach nur jung zu sein und die Riesen-Chance zu haben, einmal vor Autoritäten zu sagen, wie er*sie sich dies und dass wünschen würde oder wie er*sie dieses und jenes machen würde, liegt systematisch außerhalb des Verständnisses der Sozialarbeit. Die Politik hingegen verlässt sich auf Sozialarbeit und freie Träger, indem sie diese dazu mit an Vorgaben geknüpfte Mitteln ausstattet.

In der Diskussion um Partizipation geht es also um etwas, das unser eigenes Verständnis sowohl von Politik als auch von Jugendverbandsarbeit im Innersten berührt: Wer will etwas aus eigenem Wunsch, vielleicht noch eigener Einsicht machen? Selber wissen, selber machen, das bedeutet zuletzt: Selbstorganisation.



Selber wissen,
selber machen,
das bedeutet zuletzt:
Selbstorganisation



SELBSTORGANISATION IST ETWAS ANDERES ALS PARTIZIPATION

Selbstorganisation und Partizipation stehen also irgendwie in einem Verhältnis zueinander. Sherry Arnstein, die eine »Leiter der Partizipation«²⁹ aufgestellt hat, unterscheidet vier »Stufen«³⁰:

- **die Nicht-Partizipation**
(Instrumentalisierung und Anweisung)
- **Vorstufen der Partizipation**
(Information, Anhörung, Einbeziehung)
- **Partizipation** (Mitbestimmung, teilweise Entscheidungskompetenz, Entscheidungsmacht)
- **Selbstorganisation** (geht über Partizipation hinaus – kein Unterschied von Adressaten und Adressierenden)

Zunächst fällt auf, dass diejenigen, die besonders viel von Partizipation sprechen, tatsächlich gar keine Partizipation organisieren: die Instrumentalisierung durch Politiker*innen und die Anweisung an Jugendliche durch Sozialarbeiter*innen an einer Veranstaltung mit Politiker teilzunehmen³¹ sind gar keine Partizipation. Die Information, Anhörung und Einbeziehung die sie organisieren, sind allenfalls deren Vorstufen. Die Entscheidungsmacht geben Politik und Verwaltung – rechtlich können sie auch gar nicht anders – so wenig ab, wie der*die Sozialarbeiter*in. Denn die legitime Macht üben Regierung/Bürgermeister und Parlamente/kommunale Selbstverwaltung aus. Mit dem Hinweis auf den eigenen Job und die damit zusammenhängende Verantwortung wehren sich die Sozialarbeiter*innen noch gegen jede Entscheidung von Jugendlichen, die sie schädlich finden.

Noch etwas fällt aber auf: Selbstorganisation ist gar keine Partizipation. Vergegenwärtigen wir uns, dass Partizipation die Beteiligung von jemanden an etwas ist, wird auch klar warum: wenn jemand an etwas beteiligt werden soll, dann muss diese Beteiligung von jemand anders gewollt und organisiert werden. Der*diejenige bestimmt dadurch zugleich, woran und wie beteiligt wird. Selbstorganisation kennt dieses Verhältnis von Beteiligten und Beteiligten nicht. Es organisieren und entscheiden stattdessen die Beteiligten, die dazu gar keine Beteiligten brauchen. Was sie tun wollen und welche (materiellen und personellen) Ressourcen sie dafür aufwenden wollen und wie genau eine Sache umgesetzt werden soll, müssen sie selbst wissen und umsetzen. Die Beteiligten lernen, was sie wollen und wollen, was sie lernen und was sie müssen, um ihre Zwecke zu verfolgen.

DIE SELBSTORGANISATION, DER SOZIALISMUS UND WIR

Werfen wir nun einen Blick auf unseren Verband, dann fällt auf, dass diese Vorstellung von Selbstorganisation auf ihn nicht zutrifft. Die Teilung in Haupt- und Ehrenamt, Funktionär*innen und Mitgliedern, der politische Zweck, den die Mitglieder verfolgen – so sie das denn überhaupt tun – und die Einbindung des Verbandes in das Jugendhilfesystem, die unterschiedlichen Wissensstände, Kompetenzen und zeitlichen Ressourcen führen zu einem widersprüchlichen und hierarchischen Zustand.

Es gibt m. E. zwei Wege, wie wir mit diesem Umstand umgehen können:

1 Wir wiederholen das Verhältnis von Jugend und Politik nach innen: d.h. wir organisieren Partizipation, um die Positionen unserer Hauptamtlichen und Funktionär*innen nach innen und außen zu legitimieren. Wir lassen uns als Vorstände wählen, arbeiten dann aber, wie wir es gut finden, wir organisieren Beteiligungsveranstaltungen, um unsere (Jugend)politischen Forderungen an den Meinungen und Wünschen unserer Mitglieder rückzukoppeln usw.

Die Funktionär*innen wären dann so etwas wie die Politiker*innen des Verbandes, die mit einem Spezialwissen und in einer eigenen Blase (»die Interessen des Verbandes«, »dies und das muss getan werden« etc.) leben. Dies soll weniger ein Vorwurf sein, als eine Feststellung darüber, wie man wird, wenn man so arbeiten muss und dieses Verhältnis nicht aufmerksam beobachtet und mühsam reflektiert.

Als sozialistischer Jugendverband, der nicht für »die Jugend« da ist, hätten wir dabei gegenüber der Politik vielleicht sogar einen Vorteil. Anders als die Politik wollen wir nämlich *bestimmte* Interessen vertreten und *bestimmte* andere nicht. Wir machen also keine Politik für »die Jugend«, so wenig die Klassenparteien einmal Politik für »das Volk« gemacht haben. Wir könnten und müssten dann weniger abstrakt, aber immer noch reichlich abstrakt, über »die Arbeiter*innenjugend« reden. Kenntnisse der Gesellschaft, der Lebensbedingungen der Arbeiter*innenjugend und eine politisch motivierte Empathie können uns helfen eine wissenschaftliche Politik zu machen und könnten das ärgste an Ideologie bei uns verhindern.

2 Wir stärken die Ansätze sozialistischer Selbstorganisation in unserem Verband – statt dessen Seite als Jugendhilfeträger. Dann müsste das Verhältnis von Hauptamt und Ehrenamt, Funktionärinnen und Mitgliedern, sozialistischer Theorie und dem Alltag der fragmentierten Arbeiter*innenjugend (also den verschiedenen Alltagen) neu organisiert werden.

Auch dieser Ansatz kommt gegenüber dem Staat und dem Jugendhilfesystem nicht ohne Vertreter*innen des Verbandes aus. Diese Notwendigkeit, die aus dem Funktionieren des Staates und der Verwaltung und nicht aus den politischen Zielen unseres Verbands erwächst, müsste als solche bittere Notwendigkeiten dann reflektiert werden. Denn wir wollen ja nicht die Jugendlichen in den Staat und in das Jugendhilfesystem einbauen, an dem sie sich zukünftig aktiv beteiligen sollen, sondern einen Zusammenhang schaffen, der es uns und ihnen möglich macht, die eigenen Interessen zu entdecken, diese auf ihr Verhältnis zur Gesellschaft zu untersuchen, sich für sie einzusetzen und diese Gesellschaft im Zuge dessen abzuschaffen. Dieser Versuch wird logischerweise solange prekär bleiben, wie die gesellschaftlichen Verhältnisse fortbestehen, dafür jedoch wäre er zugleich ein Beitrag zu deren Überwindung – er organisiert nämlich jene Kritik, die die Änderung dieser Gesellschaft antizipiert und ist praktische Kritik, die ihren Teil dazu leisten kann.

Der erste Ansatz mag als der unmittelbar Gangbare erscheinen, er macht einen pragmatischen und realistischen Eindruck. Der erste Eindruck jedoch täuscht, denn der Ansatz liquidiert zum einen das sozialistische an unserem Verband nach innen – indem er ihm den äußeren Anforderungen dieser Gesellschaft anpasst. Zum anderen ist er zum Scheitern verurteilt, denn auch der radikalste Willen unserer Funktionär*innen und ihre sozialistische Rhetorik taugt nicht zur Durchsetzung der Interessen der Jugendlichen – wenn es sich um die Interessen von Arbeiter*innenjugendlichen handelt – denn sozialistisch lassen sich diese nur realisieren, wenn die sich selbst organisieren. Darin steckt übrigens eine Falle des zweiten Ansatzes: Solange wir nur über die anderen reden, die es zu befreien gälte, die sich zu organisieren hätten usw. sind wir gedanklich über die soziale Arbeit und Partizipation noch nicht hinaus. Wir haben mit dem Sozialismus nur dann eine Chance, wenn wir uns für uns und unsere Interessen einsetzen: als ein Teil der Arbeiter*innenjugend oder als Teil ihrer Klasse.

22 z.B. das beim Deutschen Bundesjugendring angesiedelte Projekt »Ich mache Politik«, der »strukturierte Dialog« oder die Etablierung von Jugendforen im Zuge der lokalen »Partnerschaft für Demokratie« im Bundesprogramm »Demokratie leben!« des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

23 Wer von Wahlrechtsänderung redet, meint dabei in der Regel das aktive Wahlrecht für Jugendliche mit deutscher Staatsangehörigkeit, die das 16. Lebensjahr vollendet haben. In Ausnahmefällen wird auch von EU-Ausländern gesprochen und das aktive Wahlrecht ab dem vollendeten 14. Lebensjahr gefordert. Man könnte auch über das passive Wahlrecht sprechen: würden Jugendlichen Jugendquoten in Parlamenten etwas nützen? Welchen Jugendlichen eigentlich was? Und hat das Elend der Politik in der bürgerlichen Gesellschaft seine Ursache wirklich darin, dass nicht genug junge Menschen für CDU/CSU, SPD, Grüne und Linkspartei in den Parlamenten sitzen?

24 Das ist nicht allein auf den Jugendbereich beschränkt: Wo es Ärger gibt, also die Legitimation demokratischer Herrschaft auf dem Wege der Stimmabgabe nicht mehr funktioniert, sei es, weil sich zu wenige Wahlberechtigte auch tatsächlich an den Wahlen beteiligen, sei es, weil sie diese deswegen oder trotzdem nicht als Legitimation begreifen, über ihren Willen und ihre Interessen hinwegzugehen – werden auch Partizipationsangebote gemacht: das Bürgergespräch gesucht, die Zivilgesellschaft eingebunden, auch mal geschlichtet, frühzeitig informiert usw.

25 Ob Sozialarbeiter*innen Partizipation aus anderen Gründen organisieren, also z. B. weil sie sie richtig finden, spielt dabei praktisch keine Rolle. Wichtig ist, dass alle machen, was sie sollen. Die Gründe dafür interessieren auch den Staat nur dann, wenn dieses Mitmachen nicht funktioniert. Das die Verordnung allerdings auch für diejenigen Folgen hat, die Partizipation richtig finden, zeigt sich dort, wo diese versuchen müssen, ihr Programm der Partizipation als erfolgreiche Variante der verordneten Partizipation auszugeben und sei es nur in der Evaluation ihrer Projekte oder bei der Beantragung weiterer finanzieller Mittel.

26 In den 70er Jahren, als die Diskussion um Partizipation aufkam, mag das anderes ausgehen haben. Zumindest kam die Forderung aus dem Umfeld politischer Aktiver post-68er und ihrer Vereine. Ob diese Forderung damals allerdings eine der Betroffenen war oder der Wunsch linker Sozialarbeiter*innen, für ihr Klientel, in das sie besser hineinregieren konnten, muss hier offen bleiben.

27 »Die einheitliche kollektive Statuspassage Jugend zerfällt in plurale Verlaufsformen und Zeitstrukturen[...]; es entwickeln sich gleichsam mehrere ‚Jugenden‘, die sich voneinander so stark unterscheiden, dass sie nicht mehr in einem Modell zusammengefasst werden können.« Münchmeier, Richard 2002. Strukturwandel der Jugendphase, in Fülbier, Paul & Münchmeier, Richard (Hg.): Handbuch Jugendsozialarbeit: Geschichte, Grundlagen, Konzepte, Handlungsfelder, Organisation. Münster: Votum, 101–113.

28 Eine Ausnahme bildet der Typ »Klassensprecher*in«. Diese nutzen ihr Ticket »Jugendliche*in«, um als zukünftige Politiker*innen schon mal Kontakt zu ihren Vorbildern zu suchen. Entsprechend freuen sie sich auch Menschen zu treffen, mit denen die meisten Jugendlichen in ihrer Freizeit nicht rumhängen wollen.

29 Arnstein, Sherry R. (1969) »A Ladder of Citizen Participation,« Journal of the American Planning Association, Vol. 35, No. 4, July 1969, pp. 216 – 224.

30 Siehe dazu auch S. ?? »DEBATTE Partizipation als Mode oder Selbstorganisation aus Überzeugung?«

31 Diese Aufforderung funktioniert meist natürlich nicht als Befehl, sondern als Aufforderung und Motivation – denn die Teilnahme an Jugendverbänden und anderen offenen Angeboten ist ja freiwillig, es gibt keine sachliche Grundlage für die Befehlsgewalt der Sozialarbeiter*innen.



DIE ROLLE DER HELFENDEN IM PROZESS DER SELBST- ORGANISATION

Julia Lück LV Baden-Württemberg

Wir dürfen nie vergessen, daß wir für das heranwachsende Geschlecht die von gestern sind.

Kurt Löwenstein

Warum heißt es bei uns Falken eigentlich »Helferinnen und Helfer bzw. Helfer*innen« statt »Betreuer«, »Gruppenleiter«, oder gar »Gruppenführer« wie in vielen anderen Jugendverbänden? Diese Frage ist keineswegs trivial und ihre Antwort verrät schon viel – über unsere Vorstellung von Pädagogik, von Beziehungen und schlussendlich über von unsere politischen Zielen. Die historische Begründung für die Begrifflichkeit ist im oben zitierten Satz von Kurt Löwenstein bereits eingebettet. Wir, die »Erwachsenen«, sind die von gestern, heißt es da. Wir leben heute in einer Gesellschaft, deren System wir ablehnen. Und es sind die Kinder, die die Gesellschaft von morgen bilden werden. Entsprechend kann es nicht unser Ziel sein, die Kinder für diese heutige Gesellschaft zu erziehen. Stattdessen muss es unsere Aufgabe sein, die Kinder dabei zu unterstützen, ihre Welt von morgen zu gestalten – wohlwissend, dass wir heute – anders als Kurt – nicht davon ausgehen können, dass der Sozialismus von morgen vor der Tür steht. Dennoch, dieser Anspruch bleibt Kern unserer Sozialistischen Erziehung.

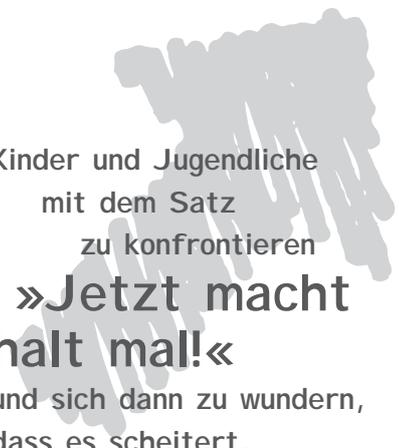
Selbstorganisation ist dabei ein zentrales Prinzip. Und auch dieser Begriff ist leichter daher gesagt, als all das, was er beinhaltet und impliziert. Selbstorganisation ist so ziemlich das Gegenteil davon, was in der heutigen Gesellschaft die Regel ist. In so ziemlich allen Bereichen in unserem Leben wird über uns (Kinder wie Erwachsene) bestimmt und wir haben zu tun, was andere von uns verlangen. In der Schule, im Studium, auf der Arbeit – uns wird sehr genau dargelegt, was von uns verlangt wird. Dabei werden wir ständig in Konkurrenz zueinander gesetzt. Was wir aber wollen und was wir brauchen, dass spielt dabei eine sehr untergeordnete Rolle. Konkurrenz, zum Beispiel, das brauchen wir mit Sicherheit nicht! Dies zu erkennen ist der erste wichtige Schritt im Selbstorganisationprozess. Was sind eigentlich *unsere* Bedürfnisse und was ist eigentlich nötig, um diese Bedürfnisse auch gemeinsam zu befriedigen? Aus der Beantwortung dieser Fragen ergibt sich das Fundament, auf dem Selbstorganisation aufbauen muss.

Ganz praktisch gesehen, passiert Selbstorganisation nicht von allein. Kinder und Jugendliche mit dem Satz zu konfrontieren »Jetzt macht halt mal!« und sich dann zu wundern, dass es scheitert, kann nicht die Rolle der Helfenden sein. Stattdessen müssen wir genau dazu anleiten, dass Kinder und Jugendlichen erkennen, was sie brauchen, und wie sie umsetzen können, was nötig ist, um ihr Zusammenleben zu gestalten. Auf dem Zeltlager lässt sich das im Kleinen erproben. Hier gibt es unzählige Möglichkeiten für die konkrete Gestaltung des Zusammenlebens und der Organisation der Befriedigung der Bedürfnisse: Der Kinder-Kiosk will ebenso organisiert sein wie die SJ-Kneipe, das Tages- wie auch das Abendprogramm will so geplant werden, dass es die Interessen trifft – und das kontinuierlich. Eine Möglichkeit ist es zum Beispiel, sich die Kinder und Jugendliche in Kollektive zusammenfinden zu lassen, die gemeinsam mit der Unterstützung von Helfenden, die zentralen Elemente des Zeltlagers gestalten und organisieren.

Auf das ganze Zeltlager gesehen, ist das Konzept der Lagerdemokratie ebenfalls ein wichtiges Element der Selbstorganisation. Wie genau diese organisiert wird, dazu gibt es im Verband viele verschiedene Konzepte, die immer wieder auch neu erprobt und an sich verändernde Kontexte und Rahmenbedingungen angepasst wird. Unabhängig von der tatsächlichen Praxis ist es übergreifend aber doch wichtig, dass wir Helfenden dafür sorgen, dass das Konzept nicht in Scheindemokratie ausartet oder Erwachsene ihren Wissens- oder Erfahrungsvorsprung zur Manipulation von Entscheidungen ausnutzen. Gleichzeitig ist Lagerdemokratie aber auch kein Wunschkonzert. Klar ist es auch wichtig, dass die Kinder das

Bedürfnis artikulieren, dass sie mehr Schokocreme zum Frühstück wollen. Aber es muss auch tatsächlich was zu entscheiden geben, bei dem die Kinder und Jugendlichen einbezogen werden. Warum nicht auch immer mal wieder eine in der Helfer*innen-Sitzung hitzig diskutierte Frage vom Lagerrat entscheiden lassen? Selbstorganisation bedeutet eben auch Machtabgabe. Dazu müssen Helfer*innen in der Lage sein und dazu müssen sie befähigen können.

Doch mit den wenigen Wochen im Jahr demokratischer Selbstorganisation auf dem Zeltlager, ist es lange nicht getan. Die kontinuierliche Gruppenarbeit ist eine zentrale Voraussetzung um den notwendigen Lernprozess individuell und gemeinsam zu gestalten. Einfacher wird das angesichts kleiner werdenden Freiräume nicht. Trotzdem, näher am Alltag kann die reguläre Falkenarbeit mit der Gruppe dazu dienen, eben jenen auf unsere Ansprüche hin immer wieder kritisch zu betrachten und daraus Forderungen erwachsen zu lassen, mit denen wir uns lautstark einmischen.



Kinder und Jugendliche
mit dem Satz
zu konfrontieren
**»Jetzt macht
halt mal!«**
und sich dann zu wundern,
dass es scheitert,
kann nicht die Rolle
der Helfenden sein

IMPRESSUM

DEMOKRATIE UND SELBSTORGANISATION

Heft 34 der Reihe »24 Stunden sind kein Tag« 1. Auflage 2015

HERAUSGEBERIN

Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken · Bundesvorstand

REDAKTION

Bundes-F-Ring: Alma Kleen, Sascha Schulz, Ulf Prasse
Svenja Matusall, Nathalie Löwe, Karl Freikamp

TEXTE

Immanuel Benz, Jan Frankenberger, Dörte Hein, Julian Holter,
Julia Lück, Karina Kohn, Hannah Muche, Sandy Priemel,
Philipp Schweizer, Ayla Schroedter, Tyll Steckelmann

GESTALTUNG

Gerd Beck Nürnberg

UMSCHLAG

Paul Muche, SJD - Die Falken UB Dortmund

ABBILDUNGEN

Immanuel Benz, Annika Eismann, Peter Frank,
Nathalie Löwe, Svenja Matusall, Paul Muche

DRUCK

Möller & Roche

REDAKTIONSANSCHRIFT

Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken,
Bundesvorstand, Luise & Karl Kautsky-Haus
Saarstraße 14, 12161 Berlin
Fon: 030/26 10 30-0
E-mail: info@sjd-die-falken.de
www.sjd-die-falken.de

 Sozialistische Jugend Deutschlands –
Die Falken



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Diese Broschüre wurde gefördert aus
Mitteln des Kinder- und Jugendplans
des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend.

DEMOKRATIE UND SELBSTORGANISATION

24 Stunden sind kein Tag · Bereits erschienene Hefte:

- Vorbereitung des Zeltlagers *Fit für die Freizeit!* HEFT 1
- Orientierung und Vertrauen *Die ersten Tage im Zeltlager* HEFT 2
- Kinderrechte sind Kinderpolitik
Inhaltliche Arbeit mit Kindern im Zeltlager HEFT 3
- Gewaltlos macht gross!
Umgang mit Aggressionen im Zeltlager HEFT 4
- Demokratie im Zeltlager
Kinder auf dem Weg zur Selbstbestimmung HEFT 5
- Im Paraphendenschungel
Rechtliche Rahmenbedingungen für HelferInnen im Zeltlager HEFT 6
- Auf die Sinne kommt es an
Erfahrungsorientierte HelferInnenschule im Zeltlager HEFT 7
- Mensch, Mädchen! Mensch, Junge!
Aktionen mit Mädchen und Jungen im Zeltlager HEFT 8
- Regenwetter im Zeltlager
Spiele und Aktionen rund um's Wasser • HEFT 9
- Lirum – larum – laut gelacht
Spielzeugfreies Zeltlager (nicht nur) für Mädchen HEFT 10
- Modul ist cool
... und andere Konzepte der HelferInnenausbildung bei den Falken HEFT 11
- Sex ist mehr als ...
Sexualpädagogik im Zeltlager und in der HelferInnenausbildung HEFT 12
- Beteiligung ist das Salz in der Suppe
... Kochen mit Kindern im Zeltlager HEFT 13
- Die Enkel fechten's besser aus!
Geschichtsprojekte mit Kindern im Zeltlager HEFT 14
- Wir sind das Bauvolk der kommenden Welt!
Partizipation und Mitbestimmung im Falkenzeltlager HEFT 15
- Zusammen wachsen
Erlebnispädagogik in der Falkengruppe HEFT 16
- Bloß nichts vergessen!
Organisation und Finanzierung von Falkenzeltlagern HEFT 17
- Go Creative
Kreatives Arbeiten mit Kindern und Jugendlichen HEFT 18
- Die Vielfalt entdecken
Geschlechterrollen und sexuelle Identität im Zeltlager HEFT 19
- Selber singen macht laut! *Lieder im Zeltlager* HEFT 20
- Tippen, filmen, senden *(Neue) Medien im Zeltlager* HEFT 21
- Vielfalt organisieren *Gleichberechtigt miteinander!* HEFT 22
- Umweltdetektive *Auf heißer Spur!* HEFT 23
- DAS CAMP! *Die Gruppe macht's!* HEFT 24
- Prävention sexualisierter Gewalt
Interventions- und Präventionskonzepte HEFT 25
- Freundschaft ist international HEFT 26
- Bildung statt Strafe *Regeln im Zeltlager* HEFT 27
- ROTEFALKENARBEIT
Chancen + Probleme der päd. Arbeit mit jungen Jugendlichen HEFT 28
- Von der Offenen Tür zur Gruppenstunde HEFT 29
- Bewegung braucht Struktur
Sinn und Herausforderungen unserer Verbandsstruktur HEFT 30
- Sozialistische Erziehung
»Es gibt keine andere als politische Pädagogik ...« HEFT 31
- Gedenkstätten-Pädagogik
Wie wollen wir gedenken? HEFT 32
- Geschlechterreflektierte Pädagogik HEFT 33



24
Stunden
sind kein Tag



Sozialistische Jugend
Deutschlands –
Die Falken